

ARAG SE

# Geschäftsbericht 2022

JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT



ARAG 5-30

## **Konzernstrategie ARAG 5→30**

Wer seine Ziele kennt, findet den richtigen Weg. Vor allem in Zeiten großer Herausforderungen und tiefgreifender globaler Umbrüche ist Orientierung wichtig. Die ARAG hat deshalb ihre Konzernstrategie weiterentwickelt und setzt dabei auf fünf Handlungsfelder. ARAG **5→30** zeigt, wohin der Konzern bis 2030 will und was für die Gestaltung seiner Zukunft wichtig ist.

# Inhalt

<b>Kennzahlen</b>	<b>4</b>
<hr/>	
<b>Das Profil des ARAG Konzerns</b>	<b>5</b>
<hr/>	
<b>Lagebericht</b>	<b>6</b>
I. Grundlagen der Gesellschaft	6
II. Wirtschaftsbericht	8
III. Abhängigkeitsbericht und Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	18
IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht	19
<hr/>	
<b>Jahresabschluss</b>	<b>29</b>
<hr/>	
<b>Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers</b>	<b>65</b>
<hr/>	
<b>Bericht des Aufsichtsrats</b>	<b>74</b>
<hr/>	
<b>Weitere Informationen</b>	<b>77</b>
<hr/>	

# Überblick

## Kennzahlen ARAG SE

(in Tausend Euro)	2022	Veränderung	2021	2020
<b>Umsätze</b>				
Gebuchte Bruttobeiträge	1.169.859	7,09%	1.092.403	1.009.786
Verdiente Beiträge für eigene Rechnung (f. e. R.)	1.155.709	7,38%	1.076.242	1.002.567
<b>Aufwendungen</b>				
Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.	574.355	3,41%	555.394	509.729
Schadenquote (Basis: Verdiente Beiträge)	49,70%	-1,91%-Pkt.	51,60%	50,84%
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.	512.188	5,73%	484.434	443.518
Kostenquote (Basis: Verdiente Beiträge)	44,32%	-0,69%-Pkt.	45,01%	44,24%
<b>Ergebnisübersicht</b>				
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	55.563	109,40%	26.535	23.211
Kapitalanlageergebnis	34.560	-46,69%	64.823	100.966
Sonstiges Ergebnis	-48.710	7,35%	-45.373	-43.207
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	41.413	-9,94%	45.985	80.970
Außerordentliches Ergebnis	0	n. a.	0	0
Jahresüberschuss	21.654	-7,82%	23.491	64.216
<b>Kennzahlen</b>				
Versicherungstechnische Rückstellungen/ Verdiente Beiträge (netto)	145,42%	-4,06%-Pkt.	149,48%	149,10%
Eigenkapital/Verdiente Beiträge	44,32%	-3,12%-Pkt.	47,44%	51,57%

# Das Profil des ARAG Konzerns

## Ein Überblick

Der ARAG Konzern ist das größte Familienunternehmen in der deutschen Assekuranz und der weltweit größte Rechtsschutzversicherer. Bei seiner Gründung vor über 85 Jahren war das Unternehmen rein auf den Rechtsschutz ausgerichtet. Heute positioniert sich die ARAG als innovativer Qualitätsversicherer – international und unabhängig. Zusätzlich zum Rechtsschutzgeschäft bietet sie in Deutschland auch sehr leistungsfähige, bedarfsorientierte Produkte und Services in den Bereichen Komposit und Gesundheit an. Neben dem spartenübergreifenden Wachstum im deutschen Markt setzt das Unternehmen zudem gezielt auf Wachstumspotenziale im internationalen Rechtsschutzgeschäft: Die insgesamt über 4.700 Mitarbeiter erwirtschaften ein Umsatz- und Beitragsvolumen von über 2,2 Milliarden €.

Die ARAG SE verantwortet die operative Konzernführung sowie das operative Rechtsschutzgeschäft national und international. Für die anderen Geschäftsbereiche und deren operative Führung sind die ARAG Versicherungs- und Dienstleistungsgesellschaften verantwortlich. Die vermögensverwaltende ARAG Holding SE bildet das gesellschaftsrechtliche Dach des Konzerns mit seinen Tochter- und Enkelgesellschaften.

## Rechtsschutzversicherung

Im Kernsegment Rechtsschutz wächst die ARAG national und international dynamisch und gestaltet ihre Märkte mit innovativen Produkten sowie Services maßgeblich mit. Das internationale Rechtsschutzgeschäft ist das größte Konzerngeschäftsfeld. Weltweit hilft der Konzern seinen Rechtsschutzkunden jährlich in über einer Million Fällen und leistet seinen Beitrag, damit mitunter existenzielle Rechtsprobleme gelöst werden.

## Kompositversicherung

Der Kompositversicherer ARAG Allgemeine beweist sich in seinem hart umkämpften Markt als wettbewerbsfähiger Anbieter von Sach-, Haftpflicht- und Unfallversicherungen. Mit rund 20 Millionen versicherten Breiten- und Spitzensportlern ist die Gesellschaft auch Europas größter Sportversicherer. Die Tochtergesellschaft Interlloyd ergänzt das Konzernportfolio als attraktiver Maklerspezialist im Gewerbe- und Privatkundensegment.

## Personenversicherung

Mit einer breiten Palette leistungsstarker Produkte unterstreicht die ARAG Kranken im Markt der privaten Krankenversicherung ihre Rolle als einer der besten Anbieter von Krankenvoll- und Krankenzusatzversicherungen. Beim Thema Altersvorsorge rundet der ARAG Stammvertrieb sein Angebot erfolgreich mit den Produkten eines Kooperationspartners ab.

# Lagebericht der ARAG SE

## I. Grundlagen der Gesellschaft

### **Geschäftsmodell der Gesellschaft**

Die ARAG SE wurde 1935 gegründet, um in unsicheren Zeiten allen Menschen gleiche Chancen vor dem Recht zu ermöglichen. Diese Vision ist auch heute noch die Grundlage des Geschäftsmodells. Heute ist die ARAG SE das größte deutsche Versicherungsunternehmen in Familienbesitz und der weltweit größte Rechtsschutzversicherer. Im Fokus des Rechtsschutzversicherers stehen dabei Produktkonzepte sowohl für Privatkunden als auch für kleinere Gewerbebetriebe. Diversifiziertes Industriegeschäft betreibt die Gesellschaft nicht. Allerdings werden Deckungen im Bereich des Spezial-Straf-Rechtsschutzes angeboten.

Auf internationalen Märkten wird im Zusammenhang mit dem Rechtsschutzversicherungsgeschäft auch Reiseversicherungsgeschäft betrieben.

Vor mehr als 60 Jahren begann die ARAG SE erstmals damit, Märkte außerhalb Deutschlands zu erschließen. Mittlerweile ist der ARAG Konzern in insgesamt 19 Ländern über Niederlassungen, Gesellschaften und Beteiligungen aktiv – in Deutschland, weiteren 15 europäischen Märkten sowie in den USA, Kanada und in Australien.

Die internationalen Niederlassungen führen ihr operatives Geschäft in ihren nationalen Märkten unter Berücksichtigung der jeweiligen Landesspezifika eigenständig.

Mit einem internationalen Geschäftsanteil von 59,8 Prozent an den gesamten gebuchten Bruttobeiträgen ist die ARAG SE ein stark internationalisierter deutscher Versicherer.

Darüber hinaus ist die ARAG SE als operative Führungsgesellschaft des ARAG Konzerns tätig. In dieser Eigenschaft hält sie eine Mehrheitsbeteiligung an der ARAG Krankenversicherungs-AG und an der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG, die das Kranken- und das Kompositversicherungsgeschäft betreiben. Deren Versicherungsprodukte werden durch den Stammvertrieb der ARAG SE neben den eigenen Rechtsschutzpolice vermittelt; hinzu kommen Versicherungsprodukte konzernfremder Versicherungsunternehmen zur Abrundung des Angebots, etwa im Bereich Lebensversicherung. Mit der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

### **Geschäftsgebiet**

Das Geschäft der ARAG SE beschränkt sich in Deutschland auf den Versicherungszweig der Rechtsschutzversicherung. Neben dem Rechtsschutzgeschäft wird in Italien, Spanien und Portugal auch Versicherungsgeschäft mit rechtsschutznahen Schutzbriefleistungen betrieben.

Das Geschäftsgebiet der ARAG SE erstreckt sich auf die Länder Deutschland, Österreich, Belgien, Spanien, Griechenland, Italien, die Niederlande, Portugal und Slowenien. Außerhalb Deutschlands wird das Geschäft der ARAG SE durch Niederlassungen betrieben.

Über rechtlich selbstständige Verbundunternehmen, die unter einheitlicher Leitung der ARAG SE als Muttergesellschaft stehen, wird das Rechtsschutzgeschäft darüber hinaus in den USA sowie in Norwegen und über Niederlassungen der norwegischen Tochtergesellschaft auch in Schweden und in Dänemark geführt. Über die Tochtergesellschaft ARAG Allgemeine Versicherungs-AG werden Rechtsschutzgeschäft und rechtsschutznahe Beistandsleistungsgeschäft in Großbritannien und in der Republik Irland betrieben.

Über die Beteiligung an einem assoziierten Rechtsschutzversicherungsunternehmen ist die ARAG SE auch in der Schweiz tätig. In Großbritannien, Kanada, Australien und der Republik Irland vermittelt jeweils ein Konzernunternehmen Rechtsschutzgeschäft sowie rechtsschutznahe Schutzbriefgeschäft als Intermediär an konzernfremde Erstversicherer, das als Rückversicherungsquote partiell durch die ARAG SE übernommen wird. Darüber hinaus besteht eine Beteiligung an einer Rechtsschutzversicherungsgesellschaft in Luxemburg.

### Versicherungsbestand

Der Versicherungsbestand (Anzahl der Policen) für das selbst abgeschlossene Geschäft stellt sich zum Ende des Geschäftsjahres wie folgt dar:

#### Versicherungsbestand

(in Stück)	2022	2021
National	1.806.980	1.747.331
International	2.946.844	2.930.458
<b>Gesamt</b>	<b>4.753.824</b>	<b>4.677.789</b>

Daneben bestehen insbesondere bei den europäischen Niederlassungen Rechtsschutzverträge im Rahmen des übernommenen Geschäfts, die jedoch wie selbst abgeschlossenes Geschäft abgewickelt werden. Dieses Geschäft erreicht einen Umfang von 40,0 Prozent des gesamten Geschäftsumfanges der Niederlassungen.

### Betriebene Versicherungsweige und Versicherungsarten

Das Angebot der ARAG SE in Deutschland umfasst alle in den „Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung“ (ARB) aufgeführten Versicherungsarten des Versicherungszweigs „Rechtsschutzversicherung“ sowie die „Vermögensschaden-Rechtsschutzversicherung für Aufsichtsräte, Beiräte, Vorstände, Unternehmensleiter und Geschäftsführer“ (VRB). Nach besonderen Versicherungsbedingungen werden der Opfer-, Scheidungs-, Unterhalts- und Spezial-Straf-Rechtsschutz sowie in Zusammenarbeit mit der Tochtergesellschaft ARAG Allgemeine Versicherungs-AG das Verbundprodukt ARAG Recht&Heim angeboten. Die ARAG SE betreibt zudem außerhalb Deutschlands in zunehmendem Umfang aktives Rückversicherungsgeschäft mit Dritten. Dieses schließt auch das After-The-Event(ATE)-Geschäft für Rechtsstreitigkeiten ein.

In Spanien und Italien werden neben dem Rechtsschutzgeschäft auch Policen zur finanziellen Abmilderung der Folgen eines Führerscheinverlusts angeboten. Daneben umfasst das Geschäft in Spanien und Portugal auch Reiseversicherungen.

## II. Wirtschaftsbericht

### Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die globale Wirtschaft sieht sich auch im dritten Jahr nach Ausbruch der COVID-19-Pandemie mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert. Vor allem die bis Ende 2022 verfolgte Null-COVID-Politik der Volksrepublik China, die mit strikten Maßnahmen wie der Schließung von Geschäften und Produktionsstätten einherging, belastete die weltweit nachgelagerten Lieferketten schwer.

Die angespannte Lage wurde durch den Anfang 2022 auf dem Staatsgebiet der Ukraine gestarteten Offensiv-Krieg der Russischen Föderation dramatisch verschärft. Als Reaktion wurden, vorrangig durch die westlichen Nationen, diverse Sanktionen gegen Russland verhängt, darunter auch die Einschränkung des Bezugs von russischen Erdgaslieferungen. Dadurch weiteten sich die bereits bestehenden Produktionsstörungen weiter aus. Darüber hinaus stiegen die Energiekosten stark und damit einhergehend die Produktionskosten von Industrieprodukten und Nahrungsmitteln. In der Folge erhöhten sich die Inflationsraten in Europa, den Vereinigten Staaten und anderen Volkswirtschaften erheblich, und die Reallöhne gingen deutlich zurück. Diese Entwicklung belastet die Haushalte und Unternehmen massiv. Die Experten des deutschen Sachverständigenrats gehen für das Berichtsjahr 2022 von einer weltweiten Teuerungsrate der Verbraucherpreise von etwa 7,6 Prozent (Vj. 3,4 Prozent) aus.

Die hohe Inflationsdynamik brachte die Notenbanken weltweit in Zugzwang, sodass die Notenbank der Vereinigten Staaten im März 2022 den Leitzins erstmals anhub und bis Jahresende weitere Erhöhungen beschloss. Die Europäische Zentralbank (EZB) folgte diesem Kurs nach anfänglichem Zögern im Herbst 2022. Befeuert durch die expansive Geldpolitik der vergangenen Jahre in nahezu allen großen Volkswirtschaften, stieg die Kreditaufnahme der öffentlichen Haushalte und damit die staatliche Verschuldung deutlich an. Angesichts der Zinserhöhungen werden nunmehr die finanziellen staatlichen Spielräume deutlich eingeschränkt.

Zwar belebten die Lockerungen der Maßnahmen zur Begrenzung der COVID-19-Pandemie im ersten Halbjahr 2022 die weltweite Konjunktur. Diese positive Wirkung wurde jedoch durch die beschriebenen Effekte des Ukraine-Kriegs und die damit verbundenen politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten überlagert. Der dadurch geschwächte Welthandel und die reduzierte globale Industrieproduktion führten gemäß den Einschätzungen des deutschen Sachverständigenrats im Jahr 2022 zu einer weltweiten Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,8 Prozent (Vj. 6,2 Prozent).

In Deutschland verursachten Energiekrise und Inflation eine deutlich gestiegene Kostenbelastung mit einer entsprechend nachlassenden Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Für das Berichtsjahr 2022 geht der deutsche Sachverständigenrat in seinem jährlichen Gutachten von einem Anstieg des BIP für den Euroraum von etwa 3,3 Prozent (Vj. 5,3 Prozent) sowie für die nationale Wirtschaftsleistung in Deutschland von 1,7 Prozent (Vj. 2,6 Prozent) aus.

Die deutsche Versicherungswirtschaft schätzte laut Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) die Geschäftslage für das Jahr 2022 als eher negativ ein. Sie erwies sich jedoch auch in diesem herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld weiterhin als krisenresistent und verzeichnete im Berichtsjahr laut Gesamtverband der Deutschen



Versicherungswirtschaft (GDV) lediglich einen geringen Prämienrückgang von etwa 0,3 Prozent (Vj. Wachstum von 1,7 Prozent), welcher insbesondere getrieben wurde durch ein deutliches Beitragsminus in dem von der ARAG nicht mehr betriebenen Lebensversicherungsgeschäft. Die Beitragseinnahmen aus dem selbst abgeschlossenen Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft lagen dagegen, im Wesentlichen durch inflationsgetriebene Anpassungen, mit voraussichtlich 4,0 Prozent deutlich über dem Vorjahreswachstum von 3,0 Prozent. Der Versicherungszweig der Rechtsschutzversicherung konnte sein Prämienplus aus dem Vorjahr zwar nicht übertreffen, zeigte jedoch ein erneut nennenswertes Wachstum von 3,0 Prozent (Vj. 4,5 Prozent), das durch moderate Beitragsanpassungsmöglichkeiten getragen wurde. Auch die Beitragseinnahmen im Segment der privaten Krankenversicherung, die durch Tarifierpassungen in der Krankenvollversicherung und eine anhaltende Nachfrage nach Krankenzusatzversicherungen getrieben wurden, lagen mit einem Anstieg von 3,9 Prozent (Vj. 5,7 Prozent) 2022 auf einem weiter hohen Niveau.

### **Geschäftsverlauf und Ertragslage**

Trotz der anhaltenden Krisen durch den Krieg in der Ukraine, die Lieferkettenstörungen und den Fachkräftemangel mit den im vorangegangenen Abschnitt beschriebenen Auswirkungen auf die Welt, auf Europa und auf Deutschland hat sich das Versicherungsgeschäft bei der ARAG SE im Geschäftsjahr 2022 sehr erfreulich entwickelt. Erlebte Einschränkungen des täglichen Lebens durch die Inflation sowie durch staatliche Regelungen im Zusammenhang mit der abklingenden Pandemie und der Energierationierung bestärken die Menschen in ihrem Bedürfnis nach Sicherheit. Dieses Bedürfnis können Sachversicherungen für Teilbereiche der bestehenden Unsicherheiten gut bedienen. Besonders die Nachfrage nach Rechtsschutz ist in Deutschland und in Europa nach wie vor sehr hoch. Da vor allem spezialisierte und erfahrene Versicherer die gewünschte Sicherheit am besten vermitteln, werden Policen vor allem im Rechtsschutzsegment verstärkt bei der ARAG abgeschlossen. Durch die Geschäftsentwicklung im Berichtsjahr festigt die ARAG SE ihre Position als weltweit größter Rechtsschutzversicherer.

Die Anzahl der Rechtsschutzpolicen in Deutschland stieg per saldo im Berichtsjahr um 59.649 Stück und um 16.386 Stück im internationalen Niederlassungsgeschäft nur für das selbst abgeschlossene Geschäft.

Das versicherungstechnische Ergebnis vor Schwankungsrückstellung hat sich gegenüber dem Vorjahr von 37.929,1 T€ auf 70.484,5 T€ stark erhöht. Hauptgrund hierfür sind das starke Wachstum, eine günstige Schadenentwicklung sowie Kosteneinsparungen. Die bilanzielle Schadenquote nach Rückversicherung ist durch das starke Neugeschäft im Berichtsjahr von 51,6 Prozent auf 49,7 Prozent gesunken. Die Zuführung zur Schwankungsrückstellung ist im Rechtsschutzversicherungsgeschäft nach wie vor von einer Unterschadensituation geprägt. Im Berichtsjahr setzte sich die günstige Schadenentwicklung fort; eine Kompensation wie im Vorjahr durch einen neuen großen Rückversicherungsvertrag für übernommenes Geschäft fand nicht statt, sodass sich die Zuführung zur Schwankungsrückstellung auf 14.921,3 T€ erhöhte. Das Kapitalanlageergebnis hat unter dem Einfluss der Auswirkungen des Kriegs in Europa, der dadurch induzierten Inflation und der Zinserhöhungen durch die EZB stark gelitten. Es ist von 64.823,4 T€ auf 34.560,3 T€ zurückgegangen.

Die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich im Berichtsjahr nochmals spürbar um 7,1 Prozent von 1.092.403,2 T€ auf 1.169.858,9 T€. Hierbei ist die Erholung im Reiseversicherungsgeschäft der Niederlassungen in Spanien und Portugal berücksichtigt. Das reine Rechtsschutzgeschäft der ARAG SE wuchs um 4,9 Prozent. Dieses Wachstum liegt im Bereich der Prognose aus dem Geschäftsbericht des Vorjahres, in dem eine zurückgehende Wachstumsgeschwindigkeit erwartet wurde. Zum Beitragsanstieg trugen die Unternehmensteile in unterschiedlichem Umfang bei. In Deutschland konnte das selbst abgeschlossene Geschäft um 5,6 Prozent gesteigert werden. Das übernommene Geschäft aus dem Vereinigten Königreich und den neueren Geschäftsaktivitäten in Kanada, Australien und der Republik Irland lieferte einen Zuwachs von 4.207,4 T€ (9,3 Prozent). Dieser Zuwachs ist im Wesentlichen auf die Entwicklung des Geschäfts in Kanada und die günstige Wechselkursentwicklung vom EUR zum GBP zurückzuführen. Auf den Märkten der internationalen Niederlassungen der ARAG SE wurden Zuwächse vor allem im indirekten Geschäft erzielt. Insgesamt konnten in Spanien (21,4 Prozent), in den Niederlanden (6,8 Prozent) und in Österreich (6,6 Prozent) die höchsten Beitragszuwächse erzielt werden. In Spanien hat sich nach dem Ende der Reisebeschränkungen durch die COVID-19-Pandemie im Sommer das Reiseversicherungsgeschäft wieder erholt. In den Niederlanden konnte ein neuer Erstversicherungspartner für das übernommene Geschäft akquiriert werden. In Österreich gibt es einen anhaltend starken Trend im Rechtsschutzmarkt, der für ein ordentliches Wachstum sorgt. Die Beitragseinnahmen der internationalen Niederlassungen stiegen insgesamt um 8,0 Prozent.

Von den gesamten Beitragseinnahmen der ARAG SE stammten 860.616,5 T€ (Vj. 797.738,1 T€) aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft. Davon gehen 59.464,8 T€ (Vj. 34.258,9 T€) auf das Reiseversicherungs- und Vermögensschadengeschäft zurück, das von internationalen Niederlassungen im Zusammenhang mit dem Rechtsschutzgeschäft angeboten wird. Damit entfielen auf das selbst abgeschlossene Rechtsschutzversicherungsgeschäft insgesamt 801.151,6 T€ (Vj. 763.479,2 T€).

Der internationale Geschäftsanteil der gesamten gebuchten Bruttobeiträge der ARAG SE erhöhte sich aufgrund der höheren Wachstumsdynamik in den internationalen Niederlassungen von 55,0 Prozent im Vorjahr auf 59,7 Prozent im Berichtsjahr. Werden die Beiträge aus dem übernommenen Geschäft der Hauptverwaltung mitgerechnet, die aus dem Vereinigten Königreich, der Republik Irland, Kanada und Australien stammen, beträgt der internationale Anteil 64,0 Prozent (Vj. 64,0 Prozent).

Nach Abzug der Rückversicherungsanteile und der Veränderungen der Beitragsüberträge verblieben für das gesamte Geschäft verdiente Nettobeiträge in Höhe von 1.155.708,8 T€ (Vj. 1.076.242,1 T€).

Die Bruttoschadenzahlungen für das gesamte Geschäft sind um 5,8 Prozent angestiegen. Der Anstieg ist wachstumsbedingt eingetreten. Teilweise gab es im Vorjahr Nachholeffekte, da Gerichte in Österreich und Spanien während der Pandemie geschlossen waren. Die Schadenzahlungsquote ist auf 45,5 Prozent (Vj. 46,3 Prozent) zurückgegangen. Der Nettoschadenaufwand betrug 574.355,1 T€ nach 555.394,5 T€ im Vorjahr. Entgegen der Erwartung des Vorjahres hat sich die bilanzielle Nettoschadenquote rückläufig entwickelt. Verstärkt wurden diese Auswirkungen durch weitere positive Abwicklungsergebnisse aus der Vorjahresschadenreserve im italienischen und im österreichischen Geschäft und durch Anpassung der Rückstellung für unbekannte Spätschäden in Deutschland an das rückläufige Nachmeldeniveau.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb erhöhten sich trotz des hohen Wachstums nur um 5,7 Prozent. Eine moderate Kostenentwicklung bei den Gehaltsaufwendungen, den Schulungskosten sowie bei den Raumkosten hat dazu beigetragen. Allerdings sind die Altersversorgungsaufwendungen inflationsbedingt ungeplant um 7.859,7 T€ höher ausgefallen als im Vorjahr. Die Automatisierung von Prozessen und die Nutzung von externen Software-as-a-Service-Leistungen verursachen IT-Kosten auf einem erhöhten Niveau; diese werden langfristig jedoch zu Kosteneinsparungen führen. Die Kostenquote ist durch den wachstumsbedingten Degressionseffekt von 45,0 Prozent im Vorjahr auf 44,3 Prozent im Berichtsjahr zurückgegangen. Unter Berücksichtigung der übrigen versicherungstechnischen Aufwendungen und Erträge mit einem Ertragssaldo von 1.319,0 T€ (Vj. 1.515,7 T€) erhöhte sich das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung vor Schwankungsrückstellung stark auf einen Gewinn von 70.484,5 T€ (Vj. 37.929,1 T€). In der Prognose des Vorjahres war nur eine leichte Erhöhung erwartet worden. Der Schwankungsrückstellung wurden insgesamt 14.921,3 T€ (Vj. 11.394,2 T€) zugeführt.

Das versicherungstechnische Ergebnis nach Zuführung zur Schwankungsrückstellung verbesserte sich auf einen Gewinn von 55.563,2 T€ (Vj. 26.534,9 T€).

Aus den Kapitalanlagen wurde ein Ergebnis von 34.560,3 T€ (Vj. 64.823,4 T€) erzielt. Diese Entwicklung entspricht der Tendenz in der Prognose des letztjährigen Geschäftsberichts, wenn sich auch das Ausmaß des Rückgangs gewichtiger darstellte wegen der aufgekommenen Inflation, die nicht vorhersehbar war. Die laufenden Erträge aus anderen Kapitalanlagen verharrten wegen fast vollständig vorgenommener Thesaurierungen von ordentlichen Erträgen in Spezialfonds auf einem geringen Niveau. Auch die Beteiligungserträge aus Tochtergesellschaften stiegen gegenüber dem Vorjahr nur noch geringfügig an, da auch die Tochtergesellschaften von den Auswirkungen am Kapitalmarkt betroffen sind. Im Vorjahr gab es noch Erträge aus Zuschreibungen und außerplanmäßige Abschreibungen auf einem nur geringeren Niveau (Saldo –2.350,8 T€). Dieser Saldo ist im Geschäftsjahr trotz der Designierung eines großen Anteils der festverzinslichen Inhaberpapiere zur Dauerkapitalanlageabsicht mit der Folge der Vermeidung von Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip auf einen Wert von –31.018,8 T€ abgesunken. Rückgaben von Fondsanteilen verursachten zusätzlich Abgangsverluste von 5.621,0 T€, die durch Abgangsgewinne von festverzinslichen Wertpapieren (2.719,5 T€) nicht kompensiert wurden. Die Nettoverzinsung des Kapitalanlagebestands sank auf 1,5 Prozent (Vj. 2,9 Prozent), die laufende Durchschnittsverzinsung ist hingegen mit 2,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert geblieben.

Der Verlustsaldo im sonstigen Ergebnis erhöhte sich von 45.373,5 T€ im Vorjahr auf 48.710,4 T€ im Berichtsjahr. Die wesentliche Ursache für diese Entwicklung ist die Inflation, die auf den Rententrend der Pensionsverpflichtungen wirkt und hauptsächlich den Bestand der bereits im Ruhestand befindlichen Berechtigten trifft.

Der Vorsteuergewinn erreicht entsprechend der Prognose aus dem Vorjahr mit 41.413,1 T€ nicht den Vorjahreswert von 45.984,8 T€. Nach Abzug der Steuerbelastung von 19.759,4 T€ (Vj. 22.493,3 T€) verbleibt ein Jahresüberschuss von 21.653,7 T€, der nur leicht unterhalb dem des Vorjahres (23.491,5 T€) liegt. Im Steueraufwand sind Erträge von 1.528,3 T€ (Vj. 2.001,4 T€ Erträge) aus latenten Steuern enthalten.

## Ertragslage nach Herkunftsländern

### Geschäftsverlauf in Deutschland

**Verlauf des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts** In Deutschland stiegen die Bruttobeitragseinnahmen im selbst abgeschlossenen Geschäft im Vergleich zum Vorjahr um 5,6 Prozent von 446.140,0 T€ auf 471.067,7 T€. Nach Abzug der Rückversicherungsbeiträge und der Veränderung der Beitragsüberträge verblieben als verdiente Nettobeiträge 465.015,6 T€ (Vj. 439.008,6 T€).

Die Schadenzahlungen stiegen im Berichtsjahr wegen des gewachsenen Versicherungsbestands um 2,9 Prozent von 252.887,7 T€ auf 260.276,8 T€ an. Der Geschäftsjahresschadenaufwand erhöhte sich um 3,9 Prozent auf 304.488,1 T€. Die Zahl der Geschäftsjahresschadenmeldungen stieg von 446.364 Stück im Vorjahr auf 514.482 Stück im Berichtsjahr. Unter Berücksichtigung der im Berichtsjahr gemeldeten Spätschäden wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 618.211 Schäden (Vj. 559.235 Schäden) gemeldet. Dies entspricht einem Anstieg um 10,5 Prozent.

Rückversicherungsanteile waren im Geschäftsjahr mit 955,9 T€ als Ertrag (Vj. 363,3 T€ Aufwand) zu berücksichtigen. Es verblieb ein bilanzieller Schadenaufwand von 282.739,2 T€ gegenüber 284.645,2 T€ im Vorjahr. Im Berichtsjahr konnten Teile der Rückstellung für unbekannte Spätschäden der Vorjahre wegen Änderungen in den Annahmen bezüglich der Nachmeldungen aufgelöst werden. Die bilanzielle Schadenquote (netto) betrug 60,8 Prozent nach 64,8 Prozent im Vorjahr.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb stiegen auf 182.999,5 T€ gegenüber 173.853,4 T€ im Vorjahr. Die Erhöhung resultiert sowohl aus wachstumsbedingten Provisionssteigerungen als auch aus inflationsbedingt gestiegenen Altersversorgungsaufwendungen, gestiegenen Reise- und Schulungskosten und höheren Aufwendungen für bezogene Leistungen Dritter. Die zusätzlichen Provisionsaufwendungen wurden durch die zusätzlichen Beiträge gedeckt. Die Kostensteigerungen fallen insgesamt unterproportional aus. Insgesamt konnte das versicherungstechnische Ergebnis vor Schwankungsrückstellung auf 297,2 T€ (Vj. 18.455,6 T€ Verlust) stark verbessert werden. Eine Schwankungsrückstellung nach § 29 der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) war wegen der geringen Volatilität für das selbst abgeschlossene Geschäft nicht zu bilden.

**Verlauf des in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäfts** In Deutschland übernimmt die ARAG SE Fremdgeschäft aus dem Vereinigten Königreich von Erstversicherungsgesellschaften quotal in Rückdeckung. Daneben bestehen Rückversicherungsverträge mit Erstversicherern für kanadisches Geschäft (Quotenverträge), für australisches Geschäft und für irisches Geschäft. Die Nettobeiträge beliefen sich auf 49.310,1 T€ nach 45.102,7 T€ im Vorjahr. Die Schadenaufwendungen betrugen 32.265,7 T€ (Vj. 42.246,7 T€). Im Vorjahr musste die Schadenreserve für das neu übernommene kanadische Geschäft nach aktuariellen Grundsätzen zusätzlich dotiert werden, sodass der Schadenaufwand hier wesentlich höher ausfiel. Die Verwaltungsaufwendungen beliefen sich auf 14.973,8 T€ (Vj. 9.518,9 T€). Diese Steigerung resultiert im Wesentlichen aus den Provisionen für den neu abgeschlossenen kanadischen Vertrag und aus Gewinnbeteiligungen für britische Erstversicherer. Das technische Ergebnis vor Schwankungsrückstellung betrug 2.070,6 T€ (Vj. 6.652,5 T€ Verlust).

Der Schwankungsrückstellung waren 3.159,2 T€ (Vj. 4.050,0 T€) zuzuführen. Das versicherungstechnische Ergebnis des übernommenen Geschäfts schloss mit einem Verlust von 1.088,7 T€ (Vj. 10.702,4 T€ Verlust).

**Nichtversicherungstechnisches Ergebnis** Inmitten der noch nicht abgeschlossenen COVID-19-Krise und der durch sie ausgelösten weltweiten Lieferkettenbeeinträchtigungen hat die Russische Föderation am 24. Februar 2022 einen Angriffskrieg in Europa begonnen. In dessen Folge kam es zu umfangreichen wirtschaftlichen Sanktionen der europäischen Staaten gegenüber Russland. Dies hat eine Energiekrise ausgelöst, da als Folge der Sanktionen die Gas- und Öllieferungen von Russland in die Europäische Union zum Stillstand kamen und die Energiepreise massiv stiegen. Die Lieferengpässe behinderten weiteres Wachstum und fachten stattdessen zusammen mit stark steigenden Energiepreisen die Inflation an, die zum Jahresende auf dem höchsten Wert seit 1992 lag. Diese Entwicklung hat die Notenbanken in Amerika und in Europa dazu veranlasst, in mehreren Schritten die Zinsen zu erhöhen. Das erhöhte Zinsniveau hat hohe Kursverluste im Wertpapierbestand bei den festverzinslichen Wertpapieren verursacht. Zum Ende des Jahres 2022 ist eine Trendumkehr bei der Zinsentwicklung noch nicht zu erkennen.

Zur Vermeidung von Wertkorrekturen auf den Wertpapierbestand durch Kurschwankungen werden bei der ARAG SE ordentliche Erträge in Spezialfonds seit zwei Jahren fast vollständig thesauriert. Dies führte zu einer nur gebremsten Entwicklung der laufenden Erträge aus Wertpapieren. Trotz der Umwidmung nahezu sämtlicher festverzinslicher Wertpapiere mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr als Kapitalanlage mit Dauerhalteabsicht stiegen die gesamten Abschreibungen auf Kapitalanlagen im Berichtsjahr deutlich von 7.887,4 T€ auf 25.517,9 T€ an. Die Dividendenerträge aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen stiegen von 52.607,8 T€ auf 53.603,0 T€ an, obwohl auch hier die Ergebnisse aus Kapitalanlagen zurückgingen. Dazu haben besonders die Dividenden aus dem US-Geschäft und aus einer Beteiligung in der Schweiz sowie die nun planmäßig einsetzenden Erträge aus Private-Equity- und Infrastruktur-Investments beigetragen.

Insgesamt erzielten die Kapitalanlagen ein Ergebnis von 29.171,4 T€ nach 58.310,3 T€ im Vorjahr. Das ordentliche Kapitalanlageergebnis belief sich – nach Kürzung der Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen und der planmäßigen Abschreibungen – auf 57.863,5 T€ (Vj. 54.362,5 T€).

Das sonstige Ergebnis weist einen Verlust von 38.525,4 T€ (Vj. 42.773,6 T€) aus. Darin sind neben dem nahezu ausgeglichenen Ergebnis aus der Erbringung von Dienstleistungen an Konzerngesellschaften und Dritte auch Aufwendungen enthalten, denen Erträge nicht direkt zugeordnet werden können. Dazu gehören die Zinszuführung zur Pensionsrückstellung, die Altersversorgungsaufwendungen für die Pensionäre und bereits ausgeschiedene Mitarbeiter, die Aufsichtsrats- und Beiratsvergütungen, die Jahresabschlusskosten, die allgemeinen Rechts- und Steuerberatungskosten, die Kosten für das Aufsichtsregime Solvency II und der Zinsaufwand für die nachrangigen Verbindlichkeiten. Die Ergebnisverbesserung im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf Währungskurseffekte zurückzuführen.

**Außerordentliches Ergebnis** Weder im Geschäftsjahr noch im Vorjahr entstand ein außerordentlicher Aufwand oder Ertrag.

**Steuern** Die laufenden Ertragsteuern ergaben einen Aufwand von 1.633,8 T€ (Vj. 3.607,3 T€) und entfielen im Umfang von 690,8 T€ auf das Berichtsjahr und mit 943,0 T€ auf Vorjahre (Vj. 3.607,3 T€ Aufwand aus Vorjahressteuern). Die sonstigen Steuern miteinbezogen, entstand ein Gesamtsteueraufwand von 1.978,9 T€ gegenüber 3.991,0 T€ im Vorjahr.

**Gesamtergebnis Deutschland** Das Gesamtergebnis nach Steuern für das deutsche Geschäft der ARAG SE ergibt einen Jahresfehlbetrag von 12.124,4 T€ (Vj. 17.612,4 T€ Jahresfehlbetrag).

**Geschäftsverlauf der Niederlassungen** Die acht europäischen Niederlassungen der ARAG SE sind im Berichtsjahr weitergewachsen und haben ihr Geschäft erfolgreich und rentabel betrieben. Die Niederlassungen mit den höchsten gebuchten Beiträgen sind die ARAG Niederlande mit 187.614,1 T€ (Vj. 175.619,8 T€), die ARAG Italien mit 169.477,7 T€ (Vj. 170.114,2 T€), die ARAG Spanien mit 165.486,0 T€ (Vj. 136.296,8 T€) und die ARAG Österreich mit 84.226,8 T€ (Vj. 79.048,0 T€). Die verdienten Beiträge für eigene Rechnung betragen insgesamt 641.383,1 T€ (Vj. 592.120,3 T€). Das Wachstum wurde im Wesentlichen durch die Gewinnung neuer Erstversicherungs- und Vertriebspartner (Niederlande, Belgien, Slowenien), die Erholung des Reiseversicherungsgeschäfts nach den Einschränkungen durch die Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 in den Vorjahren (Spanien und Portugal), neue Produkte (Spanien) und die erhöhte Sensibilität der Verbraucher für Rechtsschutz (Österreich, Belgien) erzielt. In Italien gab es wegen der Kündigung eines Erstversicherungspartners einen Rückgang um 0,4 Prozent. Unter dem Strich stiegen die gesamten Bruttobeitragseinnahmen um 8,0 Prozent auf 649.481,2 T€ (Vj. 601.160,5 T€).

Die Schadenquote erhöhte sich von 38,6 Prozent im Vorjahr auf 40,4 Prozent im Berichtsjahr, da das Reiseversicherungsgeschäft wieder angezogen hat und in Österreich zusätzliche Kumulrisiken bewertet und dabei höhere Reserven gebildet wurden. Die Schadenzahlungen sind wegen Tarifierpassungen bei den angestellten Anwälten in den Niederlanden und wegen des wieder größeren Umfangs des Reiseversicherungsgeschäftes in Spanien und in Portugal um 9,0 Prozent überproportional gestiegen.

Der absolute Anstieg der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb ist provisiionsgetrieben, aber auch durch höhere Personalkosten bedingt. Die Kostenquote verringerte sich dennoch im Vergleich zum Vorjahr von 50,8 Prozent auf 49,0 Prozent. Inklusive der sonstigen versicherungstechnischen Erträge und Aufwendungen von 298,8 T€ (Vj. 478,4 T€) weisen die internationalen Niederlassungen beim versicherungstechnischen Ergebnis vor Schwankungsrückstellung mit 68.116,7 T€ abermals einen hohen Gewinn aus (Vj. 63.037,2 T€). Der Schwankungsrückstellung waren wegen der verstärkten Unterschadensituation im übernommenen Rechtsschutzgeschäft 11.762,1 T€ (Vj. 7.344,2 T€) zuzuführen. Dadurch erreicht das versicherungstechnische Ergebnis mit 56.354,6 T€ (Vj. 55.693,0 T€) das Vorjahresniveau.

Die Kapitalanlagen, die dem Versicherungsgeschäft der Niederlassungen zugeordnet sind, erzielten ein Kapitalanlageergebnis in Höhe von insgesamt 5.388,9 T€ (Vj. 6.513,2 T€). Auch hier wurden ordentliche Erträge in Spezialfonds thesauriert, um Vorsorge für künftige Schwankungen des Kapitalmarkts zu treffen. Das ordentliche Kapitalanlageergebnis sank von 10.964,8 T€ im Vorjahr auf 10.551,4 T€ im Berichtsjahr. Im Vorjahr waren höhere Abschreibungen als im Geschäftsjahr erforderlich, da außerplanmäßige Wertkorrekturen bei Tochtergesellschaften durchgeführt wurden.

Das sonstige Ergebnis weist einen Verlust von 10.185,0 T€ (Vj. 2.600,0 T€) aus. Im Berichtsjahr sind höhere Belastungen durch Projektaufwendungen für die Einführung neuer Bestands- und Schadensysteme (Belgien), die Nachzahlung von Umsatzsteuer auf Schadenleistungen der Vorjahre und zusätzliche Altersversorgungsaufwendungen für bereits inaktive Mitarbeiter (Niederlande) eingetreten.

Die normale Geschäftstätigkeit der Niederlassungen lieferte insgesamt einen hohen Ergebnisbeitrag von 51.558,6 T€ (Vj. 59.606,2 T€). Die Steuerbelastung betrug 17.780,5 T€ (Vj. 18.502,3 T€). Im Steueraufwand ist ein Ertrag von 1.528,3 T€ (Vj. 2.001,4 T€ Ertrag) aus der Veränderung von latenten Steuersalden enthalten.

Trotz des geringeren Überschusses von 33.778,1 T€ (Vj. 41.103,9 T€) haben die europäischen Niederlassungen erneut wesentlich zum Gesamtergebnis der ARAG SE beigetragen.

### **Gesamtergebnis**

Die Geschäftsentwicklung verlief im Berichtsjahr trotz der eher ungünstigen Rahmenbedingungen durch Inflation und Zinssteigerungen sehr positiv.

Wie bereits erläutert, liegt das versicherungstechnische Ergebnis nach Zuführung zur Schwankungsrückstellung mit einem Gewinn von 55.563,2 T€ (Vj. 26.534,9 T€) deutlich über den Erwartungen. Die Kapitalanlagen erzielten ein Ergebnis von 34.560,3 T€ (Vj. 64.823,4 T€). Das sonstige Ergebnis wies einen Verlustsaldo von 48.710,4 T€ (Vj. 45.373,5 T€) aus.

Der Vorsteuergewinn von 41.413,1 T€ liegt entgegen der Erwartung etwas unter dem Vorjahreswert von 45.984,8 T€. Auch der Jahresüberschuss nach Abzug der Steuerbelastung in Höhe von 21.653,7 T€ liegt unter dem Vorjahreswert 23.491,5 T€.

Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr steht der Hauptversammlung ein Betrag von 21.739,7 T€ (Vj. 23.585,9 T€) zur Entscheidung über die Verwendung zur Verfügung.

### **Finanzlage**

Ziel der Finanzmittelsteuerung ist es, durch ausreichende Kapitalausstattung und Liquiditätssteuerung die jederzeitige Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft sicherzustellen. Die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Solvenzkapitalanforderung wird daneben durch das Risikomanagement überwacht und durch den Vorstand gesteuert. Zur jederzeitigen Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus den Versicherungsverträgen des Unternehmens stehen neben laufenden Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbeständen in Höhe von 116.667,7 T€ (Vj. 100.096,6 T€) insbesondere die an den Kapital- und Finanzmärkten kurzfristig veräußerlichen Kapitalanlagen zur Verfügung.

## Vermögenslage

Die im Geschäftsjahr um 84.918,7 T€ oder 3,7 Prozent auf 2.376.726,8 T€ vermehrten Kapitalanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

### Kapitalanlagestruktur

(in Tausend Euro)	2022		2021	
Grundstücke und Bauten	47.869,4	2,0 %	49.951,9	2,2 %
Verbundene Unternehmen und Beteiligungen	446.183,3	18,8 %	440.188,4	19,2 %
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.175,0	0,1 %	2.475,0	0,1 %
Aktien und Investmentanteile	632.894,1	26,6 %	645.825,4	28,2 %
Inhaberschuldverschreibungen	833.894,1	35,1 %	702.985,7	30,7 %
Hypotheken-, Grundschuld-, Rentenschuldforderungen	0,0	0,0 %	0,0	0,0 %
Namensschuldschreibungen	94.511,3	4,0 %	125.511,3	5,5 %
Schuldscheinforderungen, Darlehen	196.850,6	8,3 %	227.987,4	9,9 %
Übrige Ausleihungen	118,1	0,0 %	76,3	0,0 %
Einlagen bei Kreditinstituten	57.029,8	2,4 %	28.229,8	1,2 %
Andere Kapitalanlagen	0,0	0,0 %	16,0	0,0 %
Depotforderungen	65.201,0	2,7 %	68.560,8	3,0 %
<b>Gesamt</b>	<b>2.376.726,8</b>	<b>100,0 %</b>	<b>2.291.808,0</b>	<b>100,0 %</b>

Weitere Informationen zur Entwicklung des Kapitalanlagebestands und zu den Zeitwerten am Bilanzstichtag können dem Kapitalanlagespiegel im Anhang des Jahresabschlusses entnommen werden.

### Entwicklung des Eigenkapitals

Die ARAG SE verfügt über ein gezeichnetes Kapital von 100.000,0 T€. Zusätzlich stehen als Haftungsmasse eine Kapitalrücklage im Umfang von 81.772,6 T€ und eine gesetzliche Rücklage in Höhe von 10.000,0 T€ zur Verfügung. Aus beiden Rücklagen können Verluste kompensiert werden. Sie haben sich in ihrer Höhe im Geschäftsjahr nicht verändert.

Die anderen Gewinnrücklagen sind im Berichtsjahr aus dem Ergebnis des Vorjahres um 3.500,0 T€ aufgestockt worden und betragen nunmehr 298.700,0 T€. Die Kapitalrücklage und die anderen Gewinnrücklagen sind hinsichtlich ihrer Verwendung nicht auf einen Verlustausgleich beschränkt. Sie können durch den Vorstand auch für andere Zwecke verwendet werden.

Unter Berücksichtigung des Geschäftsjahresergebnisses beträgt das gesamte Eigenkapital 512.212,2 T€ und ist um 0,3 Prozent höher als im Vorjahr. Vom Gesamtbetrag sind 20.000,0 T€ für eine Dividendenzahlung im nächsten Jahr vorgesehen.

### Mitarbeiter

Zum Ende des Geschäftsjahres 2022 zählte die ARAG SE in Deutschland insgesamt 1.213 Mitarbeiter (Vj. 1.210). Außerhalb Deutschlands waren weitere 1.769 Mitarbeiter (Vj. 1.725) beschäftigt. In diesen Zahlen sind 175 aufgrund von Elternzeit, Mutterschutz, Langzeiterkrankung und anderen Gründen passive Mitarbeiter (Vj. 154) enthalten. Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl betrug im Berichtsjahr insgesamt 2.967 Personen (Vj. 2.926).



## Erklärung zur Unternehmensführung

**Zielgrößen für den Frauenanteil in Führungsfunktionen** Der ARAG Konzern ist von der Wichtigkeit von Chancengleichheit und Diversität überzeugt. Daher ist die Förderung weiblicher Führungskräfte auf allen Ebenen ein zentrales Anliegen. Auch die ARAG SE arbeitet folglich daran, den Anteil von Frauen auf den ersten beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands, aber auch im Vorstand selbst sowie auch im Aufsichtsrat kontinuierlich und nachhaltig zu erhöhen.

Die in 2021 beschlossenen Zielquoten für Frauen in Führungspositionen mit Erreichungsfrist 30. Juni 2023 galten auch im Jahr 2022 unverändert.

Auf Ebene des Aufsichtsrats besteht die Zielvorgabe von 11,1 Prozent, welche sich zum Stichtag 30. Juni 2022 mit der Ist-Quote deckte.

Auf Ebene des Vorstands besteht die Zielvorgabe zum Stichtag 30. Juni 2023 von 16,7 Prozent. Zum Stichtag 30. Juni 2022 betrug die Ist-Quote 0 Prozent. Mit der Berufung von Dr. Shiva Meyer zum 2. April 2023 in den Vorstand der Gesellschaft wird das vom Aufsichtsrat beschlossene Ziel von 16,7 Prozent im laufenden Geschäftsjahr 2023 erreicht.

Zum 30. Juni 2022 betrug die Ist-Quote auf der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstands 32,2 Prozent. Die Zielquote zum 30. Juni 2023 beträgt 34 Prozent.

Auf der zweiten Führungsebene betrug die Ist-Quote zum 30. Juni 2022 36,3 Prozent. Die zum Stichtag 30. Juni 2023 festgelegte Zielquote liegt unverändert bei 36 Prozent.

## Verweis auf den zusammengefassten gesonderten nichtfinanziellen Bericht

Zur Erfüllung der Anforderungen der EU-CSR-Richtlinie (2014/95/EU) und des im April 2017 in Kraft getretenen CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes ist die ARAG SE nach § 341a Abs. 1a Handelsgesetzbuch (HGB) zur nichtfinanziellen Berichterstattung verpflichtet. Aufgrund der Einbeziehung der ARAG SE in den Konzernlagebericht des Mutterunternehmens ARAG Holding SE, Düsseldorf, macht die ARAG SE von der Befreiungsmöglichkeit des § 341a Abs. 1a Satz 3 in Verbindung mit § 289b Abs. 3 HGB Gebrauch. Das Mutterunternehmen ARAG Holding SE veröffentlicht einen zusammengefassten gesonderten nichtfinanziellen Bericht (ARAG Nachhaltigkeitsbericht 2022<sup>1)</sup>) außerhalb des Konzernlageberichts gemäß § 341j Abs. 4 in Verbindung mit § 315 b Abs. 3 HGB und § 315 c in Verbindung mit § 289 c bis 289 e HGB zusammen mit dem Konzernlagebericht.

Dieser Nachhaltigkeitsbericht ist unter folgendem Link in deutscher Sprache öffentlich verfügbar: [www.arag.com/de/presse/publikationen/](http://www.arag.com/de/presse/publikationen/)

## Dank an die Mitarbeiter und den Betriebsrat

Die ARAG SE dankt allen Mitarbeitern und den Vertriebspartnern für den geleisteten Einsatz. Dieser Dank gilt ebenso dem Betriebsrat und seinen Ausschüssen für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit. Bei den Kunden bedanken wir uns besonders für das der Gesellschaft entgegengebrachte Vertrauen.

<sup>1)</sup> Nicht Bestandteil des Lageberichts

### III. Abhängigkeitsbericht und Beziehungen

#### zu verbundenen Unternehmen

An der ARAG SE ist die ARAG Holding SE, Düsseldorf, mittelbar mehrheitlich beteiligt. Das Bestehen der Mehrheitsbeteiligung wurde der ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG (heute ARAG SE) am 28. April 2000 durch das Geschäftsführungsorgan der ARAG AG (heute ARAG Holding SE) nach § 20 Abs. 1 und 4 Aktiengesetz (AktG) mitgeteilt.

Damit ist die ARAG SE ein abhängiges Unternehmen im Sinne von § 17 Abs. 1 AktG in Bezug auf die ARAG Holding SE.

Der Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach § 312 AktG schließt mit folgender Erklärung:

„Nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, hat unsere Gesellschaft bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Die Gesellschaft hat außer den aufgeführten Rechtsgeschäften keine anderen berichtspflichtigen Rechtsgeschäfte oder Maßnahmen vorgenommen oder unterlassen.“

## IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

### Prognose- und Chancenbericht

Die globale Konjunktur leidet seit 2022 unter der Kombination aus den Auswirkungen der anhaltenden COVID-19-Pandemie und des Offensiv-Kriegs der Russischen Föderation auf ukrainischem Staatsgebiet. Aus diesem unsicheren Marktumfeld resultieren Abwärtsrisiken, die bestehende Rezessionsorgen vorantreiben.

Die Entwicklung der Konjunktur steht auch weiterhin klar im Zeichen der COVID-19-Pandemie mit den damit verbundenen Risiken für Gesellschaft und Wirtschaft weltweit. Die Gefahr einer abermaligen Eskalation, verbunden mit erneuten restriktiven gesundheitspolitischen Maßnahmen, insbesondere harter Lockdowns, ist noch nicht vollständig ausgeräumt. Dies unterstreichen allein schon die drastischen Entwicklungen inklusive der abrupten Abkehr von der Null-COVID-Politik in der Volksrepublik China, von deren Produktionsstätten andere Länder weltweit abhängig sind. Ebenso wirkte sich der lang anhaltende Handelskonflikt zwischen der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten nachteilig auf die Wirtschaft aus. Versuche, über gezielte Zollerhebungen das bilaterale Handelsdefizit zwischen der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten zu beseitigen, scheiterten in der Vergangenheit.

Ebenso kann nicht ausgeschlossen werden, dass der im Februar 2022 begonnene Offensiv-Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine den Prognosezeitraum überdauert und die Sanktionen gegenüber Russland weiter bestehen bleiben. Durch die weitgehend eingestellten Erdgaslieferungen aus Russland ist die Versorgung der europäischen Länder mit Erdgas erschwert. Zudem ist die Gefahr gestiegen, dass die Speichervorkommen für 2023 nicht ausreichen werden, um die Nachfrage zu decken. Die verhängten Sanktionen sorgen für massive Preissteigerungen auf Erdgas, Rohöl und Strom, die – insbesondere auch in Europa – den weltweiten Preisauftrieb fördern, der bereits in der COVID-19-Pandemie einsetzte. Der Sachverständigenrat rechnet in seinem Jahresgutachten für das Geschäftsjahr 2023 mit einer Inflation im Euroraum von 7,4 Prozent (Vj. 8,5 Prozent) sowie ebenfalls von 7,4 Prozent in Deutschland (Vj. 8,0 Prozent).

Um den negativen wirtschaftlichen Einflüssen entgegenzuwirken, setzen Regierungen weltweit finanz- und fiskalpolitische Maßnahmen um. Die hohe Inflationsdynamik bringt die Notenbanken weltweit unter Zugzwang, sodass Experten eine Anhebung des Leitzinses durch die US-Notenbank auf über 4 Prozent und durch die EZB auf bis zu 3,3 Prozent im Jahr 2023 für möglich halten. Dies hätte zur Folge, dass die Aufnahme von Krediten und damit einhergehende Konsum- beziehungsweise Investitionsausgaben für Unternehmen und private Haushalte im Prognosezeitraum unattraktiver werden würden und dadurch auch das deutsche BIP weiter sinken könnte.

Der Russland-Ukraine-Konflikt wirkt sich auch auf die europäische Gemeinschaftswährung negativ aus. Durch die Abwertung des Euro verteuern sich Importe, vor allem auch der Bezug von Energie und Rohstoffen, da diese meist in US-Dollar abgerechnet werden. Die gestiegenen Energiekosten werden kurz- bis mittelfristig voraussichtlich zu einer Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher und europäischer Unternehmen auf dem globalen Markt führen. Dies kann die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Insolvenzen steigen.

Demgegenüber kann die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) kurzzeitig weiter sinken. Dies würde den vorherrschenden Arbeitskräftemangel verschärfen und die Besetzung offener Stellen erschweren. Andererseits geht eine stabilisierende Wirkung vom Arbeitsmarkt aus, da Unternehmen in vielen Bereichen bestrebt sein werden, angesichts fehlender Fachkräfte den vorhandenen Personalbestand zu halten.

Für den Ausblick im Prognosezeitraum überwiegen derzeit die genannten Unsicherheiten deutlich. Unter Berücksichtigung der bestehenden Risiken geht der Sachverständigenrat in seinem aktuellen Jahresgutachten für das Jahr 2023 von einem Abwärtstrend aus. Für den Euroraum rechnet er mit einem spürbar geringeren BIP-Wachstum in Höhe von 0,3 Prozent (Vj. 3,3 Prozent) und für Deutschland von –0,2 Prozent (Vj. 1,7 Prozent).

Die COVID-19-Pandemie wirkt sich auch im Jahr 2023 auf die deutsche Versicherungswirtschaft aus. So kann beispielsweise der Versicherungsbetrieb, je nach Verlauf des weiteren Infektionsgeschehens, erneut durch behördlich angeordnete Kontaktbeschränkungen oder Lockdowns beeinflusst werden.

Darüber hinaus bleibt der deutsche Versicherungsmarkt weiterhin durch einen intensiven Wettbewerb geprägt. In vielen Sparten bieten sich Chancen für größeres Prämiengewachstum und für einen Bestandsausbau oftmals nur im Rahmen eines Anbieterwechsels. Eine weiterhin hohe Inflation kann in einigen Sachversicherungssparten zu einem Anstieg des Stornos führen.

Große Chancen bietet dagegen unverändert das Themenfeld der Digitalisierung. Durch digitale Technologien wird es möglich sein, deutlich effizientere Wege für die Sachbearbeitung zu etablieren und vor allem die Kundenkontakte unabhängig von Zeit und Ort zu erleichtern und auszubauen. Grundsätzlich ist die nachhaltige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft neben der Digitalisierung eine der bestimmenden Herausforderungen für die Versicherungswirtschaft. Ordnungspolitisch kommt hier der Versicherungswirtschaft gemeinsam mit der Kreditwirtschaft eine besondere Bedeutung zu.

Zusätzlich zum demografischen Wandel der kommenden Jahre stellt auch die Gefahr von Altersarmut weiterhin eine große Herausforderung für die Versicherungswirtschaft dar. Durch Altersarmut würde die Kaufkraft der Gesellschaft sinken.

Für Sachversicherer ergeben sich unverändert Risiken durch den Klimawandel. Die vergangenen Jahre haben deutlich gezeigt, dass nicht nur Stürme oder Orkane landesweite Naturgefahren darstellen, sondern auch Hagel, Hitze und durch Regen ausgelöste Elementarschadenereignisse. Zusätzlich kann es insbesondere in den Sachversicherungszweigen inflationsbedingt kurzfristig zu einem Anstieg des Schadenaufwands kommen.

Insgesamt werden die Beitragseinnahmen in der Versicherungswirtschaft in einer volkswirtschaftlich anhaltend problematischen Zeit jedoch weiter ansteigen. Für den deutschen Markt rechnet der GDV in seiner letzten Hochrechnung für 2023 mit einem Prämienplus von bis zu 3,0 Prozent (Vj. Beitragsrückgang von 0,3 Prozent). Für die Schaden- und Unfallversicherung liegt das prognostizierte Wachstum bei 6,1 Prozent (Vj. 4,0 Prozent). In der privaten Krankenversicherung wird ein Beitragsanstieg von 3,5 Prozent (Vj. 3,9 Prozent) erwartet.

In diesem gesamtwirtschaftlichen Umfeld plant die ARAG SE, ihren Wachstumskurs fortzusetzen, auch wenn das Wachstumstempo etwas nachlassen könnte. Die zunehmenden Unsicherheiten in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung, die damit

verbundene Gefahr der Arbeitslosigkeit und ordnungspolitische Einschränkungen haben für eine höhere Sensibilisierung der Menschen in Bezug auf Rechtsschutz geführt, die sich in der Zukunft wohl eher noch verstärken wird. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen forcieren zudem den Wunsch nach der rechtlichen Absicherung von Rechtsgeschäften und der Versicherung von Mietausfällen. Durch die steigende Reisetätigkeit vieler Europäer, teils als Nachholeffekt nach den pandemiebedingten Einschränkungen in der Vergangenheit, wird mit einem wachsenden Umsatz mit Reiseversicherungspolice gerechnet. Ab dem Frühjahr wird die ARAG SE zudem im Vereinigten Königreich eine weitere Niederlassung betreiben, die sowohl selbst abgeschlossenes Rechtsschutzgeschäft als auch übernommenes Geschäft (klassisches Versicherungsgeschäft und ATE-Geschäft) zeichnen soll. Im laufenden Jahr wird durch die Forcierung des ATE-Geschäfts in Kanada und im Vereinigten Königreich zusätzliches Beitragswachstum realisiert.

Die gebuchten Bruttobeiträge werden im laufenden Jahr die Schwelle von 1,2 Milliarden € überschreiten. Die Netto-Schadenquote wird sich dabei gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich erhöhen. Die vermehrte Nutzung von Vertriebswegen über andere Versicherungsgesellschaften und Makler (übernommenes Geschäft, Partnervertrieb) wird zu einem leichten Anstieg bei der Provisionsquote führen. Zusätzlich werden weitere Investitionen in die Digitalisierung und in die Prozessoptimierung im Jahr 2023 die bereits realisierten Einsparungen überkompensieren. Die Kostenquote wird deswegen zunächst etwas ansteigen, mittelfristig aber auf ein Niveau unterhalb des Berichtsjahres zurückgehen.

Das versicherungstechnische Ergebnis nach Schwankungsrückstellung wird für das laufende Geschäftsjahr voraussichtlich spürbar geringer ausfallen als im Berichtsjahr 2022.

Für das Kapitalanlageergebnis ist wegen der anhaltend hohen Inflation in Deutschland und in Europa von einer weiteren Erhöhung der Leitzinsen auszugehen. Dies wird nicht mehr wie im Berichtsjahr zu hohen außerplanmäßigen Abschreibungen führen, da die wesentlichen Wertkorrekturen bereits erfolgt sind. Unsicherheit besteht jedoch hinsichtlich der Entwicklung der Aktienmärkte. Chancen aus der Neuanlage von Kapitalanlagen zu einem höheren Zinssatz sollten diese Risiken aber zumindest teilweise kompensieren. Insgesamt wird für das Jahr 2023 mit einem deutlich höheren Kapitalanlageergebnis als im Berichtsjahr gerechnet. Dabei wird allerdings vorausgesetzt, dass die Konfliktsituation an den osteuropäischen Grenzen sich nicht zu einer globalen Krise ausweitet.

Das sonstige Ergebnis wird sich voraussichtlich im Jahr 2023 unverändert zu dem im Berichtsjahr darstellen.

Insgesamt wird mit einem stark verbesserten Ergebnis vor Steuern für das Jahr 2023 gerechnet.

## Risikobericht

### Risikomanagementsystem

**Risikostrategie** Das in der Geschäftsstrategie genannte Ziel einer konservativen Risiko- und Solvabilitätspolitik gibt den Rahmen für die Ausgestaltung der Risikostrategie vor. Sie definiert das Risikoprofil der Gesellschaft und die mit den strategischen Geschäftszielen verbundene Ausgestaltung der einzelnen Risikopositionen. Ausgehend von der vom Vorstand festgelegten Risikotoleranz, werden darüber hinaus die Instrumente zur Einhaltung

der vorgegebenen Risikotragfähigkeit beschrieben. Damit erfolgt eine ganzheitliche Steuerung der Risiken, wobei jederzeit sicherzustellen ist, dass das Gesamtrisikoprofil in Einklang mit der Risikostrategie steht. Die Quantifizierung von Risiken und die Messung der Risikotragfähigkeit erfolgen gemäß den gesetzlichen Regelungen von Solvency II.

**Limitsystem** Ausgehend von der Risikotoleranz und den gegebenen anrechnungsfähigen Eigenmitteln, wird ermittelt, wie hoch die Solvenzkapitalanforderung für die Gesellschaft insgesamt maximal sein darf. Der Vorstand legt anhand dieser Obergrenze ein Gesamtlimit fest, welches auf die wesentlichen Risiken beziehungsweise Subrisiken verteilt wird. Das Limitsystem wird jährlich überprüft. Auf Basis unterjähriger Berechnungen der Limitauslastung wird ermittelt, inwieweit Risiken weiter eingegangen werden können oder reduziert werden sollten. Sowohl für die Risikotragfähigkeit als auch für die Limitierung auf Ebene der Risikokategorien wird ein Ampelsystem genutzt, anhand dessen die Entwicklung der Limitauslastungen beobachtet wird, um gegebenenfalls Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

**ORSA** Um das Ziel der konservativen Risiko- und Solvabilitätspolitik langfristig zu gewährleisten, wird im Own-Risk-and-Solvency-Assessment(ORSA)-Prozess geprüft, ob die zukünftige Entwicklung der bedeutendsten Einzelrisiken in den nächsten drei Geschäftsjahren beherrschbar bleibt. Dazu werden im ORSA-Prozess der unternehmens-eigene Gesamtsolvabilitätsbedarf sowie die Eigenmittel pro Planjahr ermittelt und daraus eine Indikation für die zukünftige Bedeckungssituation des Unternehmens abgeleitet. Für die jährliche Durchführung des ORSA-Prozesses ist der Vorstand verantwortlich und übernimmt darin eine führende Rolle.

**Unabhängige Risikocontrollingfunktion** Die Umsetzung des Risikomanagementsystems obliegt der unabhängigen Risikocontrollingfunktion, die von der Hauptabteilung Konzern Risikomanagement wahrgenommen wird. Das Konzern Risikomanagement ist dabei bis auf die Vorstandsebene von den operativen Einheiten mit Ergebnisverantwortung getrennt. Für die gesellschaftsübergreifende Umsetzung des Risikomanagementsystems innerhalb des Konzerns ist der Chief Risk Officer als Mitglied des Vorstands zuständig. Die Umsetzung erfolgt maßgeblich in Form einer Risk Governance, durch die mit konzernweit einheitlichen Leit- und Richtlinien Vorgaben für die Umsetzung der risikorelevanten Prozesse in der Gesellschaft festgelegt werden. Zudem sorgt die unabhängige Risikocontrollingfunktion durch regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand für umfassende Transparenz hinsichtlich der Risikolage und ihrer Veränderung.

Die operativen Entscheidungen über die Wahrnehmung von Chancen und das Eingehen von Risiken werden in den jeweils verantwortlichen Unternehmensbereichen getroffen.

**Risikomanagementprozess** Der Risikomanagementprozess besteht aus den Teilen Risikoidentifikation, Risikoanalyse, Risikobewertung, Risikosteuerung, Risikoüberwachung und Risikoberichterstattung. Ziel der Risikoidentifikation ist es, das Auftreten neuer oder die Veränderung bestehender Risiken frühzeitig zu erkennen und nach einem einheitlichen Verfahren zu bewerten. So werden beispielsweise Risiken aus der Erschließung

neuer Märkte und der Einführung neuer Produkte in entsprechenden Prüfprozessen, wie zum Beispiel einem Neu-Produkt-Prozess, bereichsübergreifend identifiziert, analysiert, bewertet und dem Vorstand zur Entscheidung vorgelegt.

Im Hinblick auf eine angemessene Bewertung der Risiken werden Einflussfaktoren analysiert, die den Wert der relevanten Position in der Solvabilitätsübersicht bestimmen. Diese Einflussfaktoren werden dahin gehend überprüft, ob sie für die Bewertung des Risikos angemessen sind.

Alle identifizierten Risiken werden regelmäßig bewertet. Zentrales Element ist hierbei die für alle Verlustrisiken ermittelte Solvenzkapitalanforderung zur Abdeckung unerwarteter Verluste. Die Quantifizierung erfolgt dabei mit dem internen Partialmodell. Dieses bildet für die Risikopositionen den Wertverlust innerhalb einer bestimmten Haltedauer (ein Jahr) und einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (99,5 Prozent) ab. Die Methodik wird regelmäßig mit Backtesting und Validierungstests überprüft. Außerdem werden die Risikopositionen kontinuierlich einem Stresstest unterzogen. Zusätzlich erfolgt eine Bewertung im ORSA-Prozess.

Die operative Steuerung der Risiken wird von den Führungskräften und Prozess-inhabern derjenigen Bereiche durchgeführt, in denen die Risiken entstehen. Die Risiko-steuerung umfasst die Umsetzung von Maßnahmen zu Risikominderung, -absicherung, -transfer und -diversifikation.

Im Rahmen der Risikoüberwachung wird insbesondere die Entwicklung des Risiko-profils untersucht. Dabei stehen die Risikotragfähigkeit und die Limitauslastung im Vordergrund. Die Risikoüberwachung berücksichtigt die aufsichtsrechtlichen und internen Vorgaben zur Mindestbedeckung. Über die Ergebnisse der Risikoüberwachung und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen wird dem Vorstand kontinuierlich und zeit-nah Bericht erstattet. Grundsätzlich können auch überraschende Entwicklungen oder extreme Ereignisse das Risikoprofil einer Gesellschaft beeinflussen. Aus diesem Grund erfolgt im Bedarfsfall eine Ad-hoc-Berichterstattung.

**Internes Steuerungs- und Kontrollsystem** Unter dem Internen Steuerungs- und Kon-trollsystem (ISKS) werden alle Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen sowie sonstigen Maßnahmen verstanden, die dazu dienen, die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit zu unterstützen sowie Risiken frühzeitig zu erkennen und zu minimie-ren. Zudem wird die Einhaltung der zu beachtenden Gesetze und Verordnungen sowie aller aufsichtsbehördlichen Anforderungen und internen Vorgaben sichergestellt.

Der ARAG Konzern folgt bei der Ausgestaltung des ISKS dem „Three Lines of Defence“-Modell:

- First Line of Defence: Die erste Verteidigungslinie wird von allen Mitarbeitern und Führungs-kräften der operativen Funktionen gebildet, welche im Rahmen des Risikokontrollpro-zesses für die Identifikation und Bewertung der Risiken ihres Bereichs verantwortlich sind.
- Second Line of Defence: Die Überwachung der Geschäfts- und Zentralbereiche erfolgt durch Querschnittsfunktionen (Konzerncontrolling, Recht/Compliance, Konzern Risiko-management und die Versicherungsmathematische Funktion), die Standards für die Aus-gestaltung und Überwachung von Kontrollen und den Umgang mit Risiken vergeben.

- Third Line of Defence: Im Rahmen der Revisionstätigkeit für die Konzerngesellschaften prüft die Hauptabteilung Konzern Revision die Funktionen der First und Second Line of Defence innerhalb des ARAG Konzerns. Darüber hinaus führt die Hauptabteilung Konzern Revision für die Konzerngesellschaften die Revisionstätigkeit aus, die ihr diese vertraglich übertragen haben. Gemäß den von der Geschäftsleitung erteilten Aufträgen führt die Konzern Revision eine risikoorientierte Prüfung der Aufbau- und Ablauforganisation und des ISKS aller Betriebs- und Geschäftsprozesse durch.

### Risikokategorien

Das versicherungstechnische Risiko und das Marktrisiko haben für die Gesellschaft eine hohe Bedeutung, während das Gegenparteausfallrisiko, das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko von nachgelagerter Bedeutung sind.

**Versicherungstechnisches Risiko** Das versicherungstechnische Risiko gibt das Risiko eines Verlusts an, das aus einer unangemessenen Preisfestlegung beziehungsweise aus nicht angemessenen Annahmen bei der Bestimmung der versicherungstechnischen Verpflichtungen resultiert. Diese Verluste ergeben sich unter anderem aus Folgendem:

- Prämien-/Reserverisiko: Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der versicherten Ereignisse und in Bezug auf die Dauer und den Betrag der Schadenabwicklung im Verhältnis zu den in einer Versicherungsperiode vereinnahmten Prämien
- Kumulrisiko: wesentliche Ungewissheiten in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Bildung versicherungstechnischer Rückstellungen für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse, welche viele Versicherungsnehmer gleichzeitig betreffen
- Stornorisiko: negative Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Storno- und Kündigungsraten von Versicherungspolizen

Die Bewertung der genannten Risiken erfolgt anhand eines internen Modells. Mithilfe einer Simulation wird der Verlust prognostiziert, wie er nur alle 200 Jahre erwartet wird. Das 200-Jahres-Ereignis gibt den Verlust an, wie er innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,5 Prozent vorkommt. Ausgehend von den historischen Schäden, werden für das Prämien- beziehungsweise Reserverisiko künftige Schäden beziehungsweise Reservierungsbedarfe abgeleitet. Analog werden für das Katastrophen- beziehungsweise Kumulrisiko Verluste simuliert, die aus Kumulschäden im Rechtsschutzgeschäft entstehen können. Die Berechnung des Stornorisikos erfolgt auf Basis historischer Storni. Das versicherungstechnische Risiko selbst ergibt sich aus der Aggregation der Einzelrisiken. Dabei werden Diversifikationseffekte berücksichtigt.

Zu den Risikobegrenzungsmaßnahmen gehören die Limitierung von Risiken sowie ein Schadenexzedentenvertrag als passive Rückversicherung.

Die Stetigkeit des Versicherungsgeschäfts sowie die konstant ausreichende Dotierung der Schadenrückstellungen ist den nachfolgenden Angaben über die Schadenentwicklung des gesamten selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts für die letzten zehn Geschäftsjahre zu entnehmen.



## Schadenentwicklung

Bilanzjahr	Schadenquote, brutto, gesamt		Abwicklungsergebnis
	GJ-Quote	bilanziell	in % der Eingangsrückst.
2022	55,4	50,3	4,2
2021	55,8	52,2	2,8
2020	59,3	54,3	3,9
2019	57,1	53,0	3,3
2018	54,7	51,6	2,5
2017	57,1	53,4	2,8
2016	57,7	51,2	4,6
2015	61,0	52,5	5,6
2014	61,7	55,8	3,7
2013	63,8	58,6	3,3

**Marktrisiko** Das Marktrisiko gibt das Risiko eines Verlusts durch nachteilige Veränderungen der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente an. Das Risiko resultiert direkt oder indirekt aus folgenden Subrisiken:

- Zinsrisiko: Veränderungen in der Zinskurve oder Volatilität der Zinssätze. Beispielsweise würde ein angenommener Anstieg beziehungsweise Abfall des allgemeinen Zinsniveaus um 1 Prozentpunkt den Zeitwert der Rententitel näherungsweise um 65,8 Millionen € vermindern beziehungsweise erhöhen.
- Aktienrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Aktien. Beispielsweise würde ein angenommener Rückgang des Aktienmarkts um 20 Prozent zu einem Zeitwertverlust von 35,4 Millionen € führen.
- Immobilienrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Immobilien
- Wechselkursrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Wechselkurse
- Spreadrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Kreditspreads über der risikofreien Zinskurve
- Migrations-/Ausfallrisiko: Veränderungen von Ratings oder prognostizierten Zahlungsausfällen. Die Ratingverteilung der Zinsträger stellt sich wie folgt dar:

## Festverzinsliche Wertpapiere nach Ratingklasse (Direktanlage und Fonds)

(Anteil in Prozent nach Marktwerten)

AAA	22,5
AA	15,7
A	30,9
BBB	27,0
BB	2,7
B	1,2
CCC	0,0
CC	0,0
C	0,0
D	0,0
NR	0,0

Die Aufteilung der Rentenpapiere (Marktwerte) stellt sich wie folgt dar: Von den festverzinslichen Wertpapieren – einschließlich der indirekt über Spezialfonds gehaltenen Wertpapiere – entfallen circa 28,5 Prozent auf Finanzdienstleistungsunternehmen, 32,6 Prozent auf öffentliche Anleihen und 38,9 Prozent auf Unternehmensanleihen.

Die Bewertung der genannten Risiken erfolgt mit einem internen Modell. Mithilfe eines ökonomischen Szenariogenerators werden Kapitalmarktszenarien simuliert, welche jeweils unter anderem Zinssätze, Aktienkurse, Immobilienpreise, Kreditspreads, Ratings beziehungsweise Zahlungsausfälle und Wechselkurse enthalten. Mit diesen Risikofaktoren werden die Marktwerte der Kapitalanlagen bestimmt, wie sie in einem Jahr auftreten könnten. Das Marktrisiko selbst ergibt sich aus dem 200-Jahres-Ereignis bei der simultanen Betrachtung aller Risikofaktoren sowie dem Konzentrationsrisiko. Dabei werden Diversifikationseffekte berücksichtigt.

Zu den Risikobegrenzungsmaßnahmen gehören die Limitierung von Risiken sowie Grenzen in den Anlagerichtlinien für die operative Kapitalanlage.

**Gegenparteiausfallrisiko** Das Gegenparteiausfallrisiko aus dem Versicherungsgeschäft bezieht sich im Wesentlichen auf Forderungen gegenüber Rückversicherern und Versicherungsnehmern beziehungsweise -vermittlern. Es gibt das Verlustrisiko an, das sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verringerung der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern während der nächsten zwölf Monate ergibt.

Die Bewertung des Gegenparteiausfallrisikos erfolgt mit dem internen Partialmodell. Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Rückversicherern wird in Abhängigkeit von den verfügbaren Informationen und unter Proportionalitätsgesichtspunkten bewertet. Dabei werden explizit die individuellen Ratings der Rückversicherer verwendet. Risiken aus dem Ausfall von Forderungen an Versicherungsnehmer und -vermittler werden bewertet. Die Forderungsbeträge gegenüber Rückversicherern, gegliedert nach Ratingklassen, befinden sich im Anhang.

Zu den Risikobegrenzungsmaßnahmen gehören unter anderem Vorgaben für die ausgewählten Rückversicherer (zum Beispiel Mindestrating) sowie ein automatisiertes Erinnerungs- und Mahnverfahren bei Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern.

Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern, die seit über 90 Tagen fällig waren, bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 6.050,0 T€ (Vj. 5.895,1 T€). Die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Jahre für diese Forderungen liegt bei 7,7 Prozent (Vj. 6,9 Prozent).

**Liquiditätsrisiko** Das Liquiditätsrisiko gibt das Risiko an, dass Versicherungsunternehmen nicht in der Lage sind, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um ihren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Damit ist das Liquiditätsrisiko ein abgeleitetes Risiko, zum einen als Ausprägung des Kapitalanlagerisikos (Assets sind nicht liquide) und zum anderen als Ausprägung des versicherungstechnischen Risikos (fällige Versicherungsleistungen übersteigen die liquiden Mittel).

Die Bewertung des Liquiditätsrisikos erfolgt in der Form, dass die monatliche Liquiditätsüber- beziehungsweise -unterdeckung rollierend berechnet wird. Die Planung wird permanent aktualisiert, sodass frühzeitig erkennbar ist, ob ein Liquiditätsbedarf in den nächsten Monaten bestehen könnte. Die Bewertung über den mittel- bis langfristigen Zeithorizont erfolgt im Rahmen des Asset Liability Managements (ALM).

Zu den Risikobegrenzungsmaßnahmen gehören das ALM sowie eine rollierende Liquiditätsplanung.

**Operationelles Risiko** Das operationelle Risiko gibt das Risiko an, das sich aus der Unan gemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen oder Systemen, dem Fehlverhalten von Mitarbeitern oder durch unerwartete externe Ereignisse ergibt, die den Geschäftsbetrieb stören oder gar verhindern. Das operationelle Risiko umfasst auch Rechtsrisiken und Reputationsrisiken. Risiken, die sich aus strategischen Entscheidungen ergeben, fallen hingegen nicht unter das operationelle Risiko.

Zur Ermittlung der zugehörigen Solvenzkapitalanforderung verwendet die Gesellschaft die Standardformel. Die Bewertung für operative Zwecke erfolgt durch eine Expertenschätzung anhand der Dimensionen „Eintrittswahrscheinlichkeit“ und „Auswirkung“. Die Dimension „Eintrittswahrscheinlichkeit“ beschreibt die Wahrscheinlichkeit, dass ein operationelles Risiko innerhalb eines definierten Zeitraums eintritt. Die zweite Dimension beschreibt die potenzielle Auswirkung eines operationellen Risikoeintritts und wird quantitativ oder qualitativ bewertet. Jede Dimension ist als Brutto- und Nettowert zu erfassen. Die Bruttowerte geben den Wert vor Implementierung von möglichen risikomindernden Maßnahmen an, die Nettowerte den Wert nach Implementierung der gewählten Maßnahmen. Die Risikobegrenzungsmaßnahmen werden individuell von den Verantwortlichen festgelegt. Bei der Identifizierung und Bewertung operationeller Risiken berücksichtigen die Risikoverantwortlichen bekannte Schadenereignisse, welche in einer Verlustdatenbank erfasst sind. Darin werden sämtliche eingetretenen Verlustereignisse und deren tatsächliche Auswirkungen erfasst. So können die subjektiven Einschätzungen plausibilisiert werden. Zusätzlich werden wesentliche operationelle Risiken im Rahmen der Risikoanalyse der strategischen Positionierung im ORSA-Prozess betrachtet.

Für Risiken, die Auswirkungen auf das gesamte Unternehmen haben können, gibt es vorab definierte Notfallpläne. So wurde beispielsweise ein Notfallmanagement eingerichtet, durch welches im Fall eines Cyberangriffs spezielle Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Damit werden die Folgen eines Angriffs minimiert. Durch ein laufendes Monitoring der Umsetzung der jeweils angewandten Maßnahmen ist die dauerhafte Wirksamkeit der Risikominderung gewährleistet.

### **Gesamtbild der Risikolage**

Die aufsichtsrechtliche Mindestkapitalanforderung nach den Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) ist vollumfänglich erfüllt. Zudem übersteigen die anrechnungsfähigen Eigenmittel die gemäß VAG berechneten Solvenzkapitalanforderungen.

Über den Projektionszeitraum von drei Jahren wurden die Risiken aus den Szenarien Kosten- und Schadenanstieg, anhaltende Inflation mit Zinsanstieg sowie die Auswirkung des Klimawandels auf die Kapitalanlage bewertet. Das Ergebnis zeigt für die nächsten drei Planjahre eine ausreichende Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung.

Neben den genannten Risiken können eine mangelnde Energieversorgung, eine Ausweitung des Kriegs in der Ukraine sowie Ausprägungen der Digitalisierung – Stichwort Cyber Risiken – einen negativen Einfluss auf das Geschäftsmodell haben.

Die Auswirkungen einer nachhaltigen Energieknappheit bis hin zum Energiemangel würden neben den Folgen für den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft insbesondere die Versicherungstechnik und die Kapitalanlage betreffen. In der Versicherungstechnik verringert sich durch einen Anstieg der Energiekosten die Kaufkraft der Privatkunden, was das Neugeschäft erschweren und eventuell auch zu einem Stornostieg führen kann. Weiterhin könnte es zu einer starken Zunahme arbeitsrechtlicher Streitigkeiten kommen, zum Beispiel aufgrund von Kündigungen von Arbeitsverhältnissen. Zudem können Kumulrisiken aufgrund möglicher Klagen zum Beispiel gegen Kündigungen von Strom- oder Gastarifen von Versorgern beziehungsweise durch Ausfall der Lieferungen gegenüber Kunden wahrscheinlicher werden. Gezielte Maßnahmen zur Stornovermeidung, Stärkung des Neugeschäfts und der Vertriebe sowie die Bereitstellung von ausgewählten Services mildern diese Auswirkungen ab. In der Kapitalanlage könnten Marktwertverluste bei Aktien und Unternehmensanleihen von Unternehmen auftreten, die nicht existenzielle Verbrauchsgüter anbieten oder energieintensiv sind. Das Kapitalanlageportfolio wird jedoch laufend auf Folgen der Energiekrise untersucht, indem anfällige Unternehmen und Sektoren einer regelmäßigen Diskussion unterliegen. Aus diesen Diskussionen leiten sich gegebenenfalls weitere Maßnahmen ab.

Für die Gesellschaft zeigen sich Risiken resultierend aus einer Ausweitung des Kriegs in der Ukraine zunächst unmittelbar in Verlusten am Kapitalmarkt. Durch die Einhaltung der strategischen Asset-Allokation und die Umsetzung des definierten Risikoüberwachungsprozesses werden die Risiken laufend und effektiv überwacht und gesteuert. In der Versicherungstechnik würden allgemeine wirtschaftliche Folgen wie Rohstoffverknappung und Inflation die Schadenhöhen ansteigen lassen. Außerdem wäre mit einem Rückgang der Kaufkraft (potenzieller) Kunden zu rechnen, was sich wiederum auf Neugeschäft beziehungsweise Storno auswirken würde. Hier greifen die oben erwähnten Maßnahmen zur Stornovermeidung und Stärkung des Neugeschäfts ebenfalls. Cyberattacken und der Ausfall kritischer Infrastrukturen würden das operationelle Risiko erhöhen. Diese Auswirkungen sind innerhalb eines kurzfristigen Zeitraums durch erhöhte IT-Sicherheit, Notfallpläne und Versicherungen begrenzt.

Darüber hinaus sind insbesondere im Internet Trends zu beobachten, dass Dienstleister beziehungsweise Anwälte durch gezielte Kampagnen zu bestimmten Rechtsthemen aktiv versuchen, zusätzliche Mandanten zu generieren. In der Folge können sich die Kosten von Rechtsfällen für Rechtsschutzversicherer erhöhen. Die ARAG bietet mit ihrer Rechtsnavigation den Kunden eine professionelle Orientierung und verstärkt das Monitoring der Schadenfälle, um negativen Trends rechtzeitig entgegenwirken zu können.

Die Gesamtrisikosituation lässt derzeit keine Entwicklungen erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden beziehungsweise eine erhebliche Beeinträchtigung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage zur Folge haben könnten.

# Jahresabschluss

<b>Jahresabschluss</b>	<b>29</b>
Jahresbilanz	30
Gewinn- und Verlustrechnung	34
<hr/>	
<b>Anhang</b>	<b>38</b>
I. Allgemeine Angaben	38
II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	38
III. Versicherungstechnische Angaben	50
IV. Nichtversicherungstechnische Angaben	52
V. Nachtragsbericht	58
VI. Sonstige Angaben	58
VII. Organe der Gesellschaft	60
VIII. Ergebnisverwendungsvorschlag	64
<hr/>	
<b>Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers</b>	<b>65</b>
<hr/>	
<b>Bericht des Aufsichtsrats</b>	<b>74</b>
<hr/>	
<b>Weitere Informationen</b>	<b>77</b>
<hr/>	

## Jahresbilanz zum 31. Dezember 2022

### Aktivseite

(in Euro)

#### A. Immaterielle Vermögensgegenstände

- I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

#### B. Kapitalanlagen

- I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
- II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen
  1. Anteile an verbundenen Unternehmen
  2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen
  3. Beteiligungen
- III. Sonstige Kapitalanlagen
  1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere
  2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere
  3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen  
davon an verbundene Unternehmen: 0,00 € (Vj. 0,00 €)
  4. Sonstige Ausleihungen
    - a) Namensschuldverschreibungen
    - b) Schuldscheinforderungen und Darlehen
    - c) Übrige Ausleihungen
  5. Einlagen bei Kreditinstituten
  6. Andere Kapitalanlagen
- IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft

#### C. Forderungen

- I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:
  1. Versicherungsnehmer
  2. Versicherungsvermittler  
davon an verbundene Unternehmen: 0,00 € (Vj. 48,53 €)
- II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft  
davon an verbundene Unternehmen: 0,00 € (Vj. 0,00 €)  
davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 51.790,97 € (Vj. 45.564,35 €)
- III. Sonstige Forderungen  
davon an verbundene Unternehmen: 22.202.240,78 € (Vj. 16.196.583,20 €)  
davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 156.257,83 € (Vj. 150.840,87 €)

#### D. Sonstige Vermögensgegenstände

- I. Sachanlagen und Vorräte
- II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand
- III. Andere Vermögensgegenstände

#### E. Rechnungsabgrenzungsposten

- I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten
- II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

#### Summe der Aktiva

				31.12.2022	31.12.2021
				3.035.280,68	3.845.860,50
				<b>3.035.280,68</b>	<b>3.845.860,50</b>
				47.869.446,79	49.951.927,66
				429.130.733,54	423.135.796,13
				2.175.000,00	2.475.000,00
				17.052.566,37	17.052.566,37
				448.358.299,91	442.663.362,50
				632.894.103,60	645.825.437,92
				833.894.052,76	702.985.735,33
				1,00	1,00
				94.511.291,88	125.511.291,88
				196.850.578,02	227.987.392,36
				118.144,15	76.260,86
				291.480.014,05	353.574.945,10
				57.029.800,00	28.229.800,00
				0,00	16.000,00
				1.815.297.971,41	1.730.631.919,35
				65.201.045,19	68.560.809,48
				<b>2.376.726.763,30</b>	<b>2.291.808.018,99</b>
				35.262.316,17	31.809.023,22
				21.938.255,74	21.915.895,97
				57.200.571,91	53.724.919,19
				60.795.233,06	55.669.767,52
				28.544.412,87	21.650.604,98
				<b>146.540.217,84</b>	<b>131.045.291,69</b>
				13.776.911,82	10.883.202,49
				59.637.878,81	71.866.848,08
				17.236.891,39	25.088.637,25
				<b>90.651.682,02</b>	<b>107.838.687,82</b>
				6.646.214,77	6.148.552,73
				7.703.707,67	7.624.966,10
				<b>14.349.922,44</b>	<b>13.773.518,83</b>
				<b>2.631.303.866,28</b>	<b>2.548.311.377,83</b>

## Jahresbilanz zum 31. Dezember 2022

### Passivseite

(in Euro)

#### A. Eigenkapital

- I. Gezeichnetes Kapital
- II. Kapitalrücklage
- III. Gewinnrücklagen
  - 1. Gesetzliche Rücklage
  - 2. Andere Gewinnrücklagen
- IV. Gewinnvortrag
- V. Jahresüberschuss

#### B. Nachrangige Verbindlichkeiten

#### C. Versicherungstechnische Rückstellungen

- I. Beitragsüberträge
  - 1. Bruttobetrag
  - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft
- II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
  - 1. Bruttobetrag
  - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft
- III. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen
- IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

#### D. Andere Rückstellungen

- I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
- II. Steuerrückstellungen
- III. Sonstige Rückstellungen

#### E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

#### F. Andere Verbindlichkeiten

- I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:
  - 1. Versicherungsnehmern
  - 2. Versicherungsvermittlern
    - davon an verbundene Unternehmen: 249.348,89 € (Vj. 67.113,22 €)
    - davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0,00 € (Vj. 0,00 €)
- II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft
  - davon an verbundene Unternehmen: 0,00 € (Vj. 0,00 €)
  - davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0,00 € (Vj. 0,00 €)
- III. Sonstige Verbindlichkeiten
  - davon aus Steuern: 22.440.761,75 € (Vj. 19.420.978,15 €)
  - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 1.746.417,29 € (Vj. 1.744.267,37 €)
  - davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 11.679.208,73 € (Vj. 19.720.907,70 €)

#### G. Rechnungsabgrenzungsposten

#### H. Passive latente Steuern

#### Summe der Passiva



			31.12.2022	31.12.2021
		100.000.000,00		100.000.000,00
		81.772.569,19		81.772.569,19
	10.000.000,00			10.000.000,00
	298.700.000,00			295.200.000,00
		308.700.000,00		305.200.000,00
		85.943,03		94.452,36
		21.653.714,71		23.491.490,67
			<b>512.212.226,93</b>	<b>510.558.512,22</b>
			<b>30.000.000,00</b>	<b>30.000.000,00</b>
	232.688.529,63			221.416.334,75
	0,00			0,00
		232.688.529,63		221.416.334,75
	1.358.731.610,13			1.312.251.339,92
	1.195.262,55			227.610,05
		1.357.536.347,58		1.312.023.729,87
		89.348.998,01		74.427.691,00
		1.080.000,00		949.000,00
			<b>1.680.653.875,22</b>	<b>1.608.816.755,62</b>
		223.186.402,61		210.624.944,31
		10.282.089,39		10.309.212,96
		76.751.995,04		72.851.707,62
			<b>310.220.487,04</b>	<b>293.785.864,89</b>
			<b>3.941,11</b>	<b>11.062,39</b>
	16.210.671,00			17.363.468,18
	27.058.340,16			26.426.845,40
		<b>43.269.011,16</b>		<b>43.790.313,58</b>
		1.252.739,94		747.865,04
		50.549.841,17		56.012.127,37
			<b>95.071.592,27</b>	<b>100.550.305,99</b>
			<b>196.164,64</b>	<b>115.023,14</b>
			<b>2.945.579,07</b>	<b>4.473.853,58</b>
			<b>2.631.303.866,28</b>	<b>2.548.311.377,83</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

(in Euro)

### I. Versicherungstechnische Rechnung

1.	Verdiente Beiträge für eigene Rechnung
a)	Gebuchte Bruttobeiträge
b)	Abgegebene Rückversicherungsbeiträge
c)	Veränderung der Bruttobeitragsüberträge
d)	Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen
2.	Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung
3.	Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung
a)	Zahlungen für Versicherungsfälle
aa)	Bruttobetrag
bb)	Anteil der Rückversicherer
b)	Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
aa)	Bruttobetrag
bb)	Anteil der Rückversicherer
4.	Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen
5.	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung
a)	Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb
b)	davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft
6.	Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung
7.	<b>Zwischensumme</b>
8.	Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen
9.	<b>Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung</b>
	Übertrag

			2022	2021
	1.169.858.909,58			1.092.403.152,23
	-951.097,72			-870.649,17
		1.168.907.811,86		1.091.532.503,06
	-13.199.034,62			-15.290.449,09
	0,00			0,00
		-13.199.034,62		-15.290.449,09
			<b>1.155.708.777,24</b>	<b>1.076.242.053,97</b>
			<b>1.450.044,41</b>	<b>1.494.694,57</b>
	526.456.196,16			497.945.802,11
	-166.102,54			-296.276,52
		526.290.093,62		497.649.525,59
	-49.032.611,43			-57.313.971,86
	967.652,50			-430.961,47
		-48.064.958,93		-57.744.933,33
			<b>574.355.052,55</b>	<b>555.394.458,92</b>
			<b>-131.000,00</b>	<b>21.000,00</b>
		512.188.311,90		484.434.184,82
		0,00		0,00
			<b>512.188.311,90</b>	<b>484.434.184,82</b>
			<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
			<b>70.484.457,20</b>	<b>37.929.104,80</b>
			<b>-14.921.307,01</b>	<b>-11.394.193,98</b>
			<b>55.563.150,19</b>	<b>26.534.910,82</b>
			<b>55.563.150,19</b>	<b>26.534.910,82</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

(in Euro)

Übertrag:

### II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

#### 1. Erträge aus Kapitalanlagen

- a) Erträge aus Beteiligungen  
davon an verbundene Unternehmen: 42.386.912,44 € (Vj. 36.828.132,37 €)
- b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen  
davon an verbundene Unternehmen: 139.800,71 € (Vj. 122.324,93 €)
  - aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten  
und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
  - bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
- c) Erträge aus Zuschreibungen
- d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen
- e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen

#### 2. Aufwendungen für Kapitalanlagen

- a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen
- b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen  
davon außerplanmäßige Abschreibungen: 30.062.786,88 € (Vj. 13.790.942,31 €)
- c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen

#### 3. Sonstige Erträge

#### 4. Sonstige Aufwendungen

### 5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit

- 6. Außerordentliche Erträge
- 7. Außerordentliche Aufwendungen

### 8. Außerordentliches Ergebnis

- 9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag  
davon latente Ertragssteuern: - 1.528.274,51 € (Vj. - 2.001.442,82 €)
- 10. Sonstige Steuern

### 11. Jahresüberschuss

				2022	2021
				55.563.150,19	26.534.910,82
		48.915.913,05			40.791.857,25
	4.505.119,75				4.487.073,45
	17.233.327,29				15.393.497,58
		21.738.447,04			19.880.571,03
		185.390,02			12.563.771,71
		2.719.501,18			1.874.624,17
		4.941.126,44			11.815.960,91
			78.500.377,73		86.926.785,07
		7.114.887,58			7.101.087,24
		31.204.150,25			14.914.533,52
		5.621.020,60			87.754,97
			43.940.058,43		22.103.375,73
				<b>34.560.319,30</b>	<b>64.823.409,34</b>
			127.412.203,75		116.956.423,33
			176.122.581,14		162.329.913,05
				<b>-48.710.377,39</b>	<b>-45.373.489,72</b>
				<b>41.413.092,10</b>	<b>45.984.830,44</b>
			0,00		0,00
			0,00		0,00
				<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
			18.824.711,77		23.937.004,31
			934.665,62		-1.443.664,54
				<b>19.759.377,39</b>	<b>22.493.339,77</b>
				<b>21.653.714,71</b>	<b>23.491.490,67</b>

## Anhang

### I. Allgemeine Angaben

Die ARAG SE ist im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter der Nummer HRB 66846 eingetragen. Firmensitz ist ARAG Platz 1, 40472 Düsseldorf.

Die Gesellschaft hat den vorliegenden Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Berücksichtigung der ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften und der zusätzlichen Vorschriften für Versicherungsunternehmen, des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz [VAG]) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt. Für die Gliederung des Jahresabschlusses wurden die Formblätter 1 und 2 gemäß § 2 RechVersV verwendet.

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB. Deswegen und aufgrund der Verpflichtung nach § 341a Abs. 1 HGB wurden die Rechnungslegungsvorschriften für große Kapitalgesellschaften angewendet.

### II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

#### Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die sich aus den maßgeblichen Rechtsvorschriften ergebenden Bilanzierungsgrundsätze und Bewertungsvorschriften werden berücksichtigt.

Erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten in der Bilanz ausgewiesen und werden planmäßig entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Die Nutzungsdauer beträgt für erworbene Software drei Jahre (Deutschland, Spanien, Italien) beziehungsweise fünf Jahre (Belgien, Niederlande) sowie drei Jahre für Standardsoftware bis vier Jahre für Individualsoftware (Österreich). Die Nutzungsdauer für Mietereinbauten liegt zwischen fünf und zehn Jahren. Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände wurden nicht in der Bilanz angesetzt.

**Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken** sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige, lineare Abschreibungen, bewertet worden. Die Nutzungsdauer von massiven Gebäuden wird mit einem Zeitraum von 40 bis 50 Jahren eingeschätzt. Außerplanmäßige Abschreibungen wegen einer dauernden Wertminderung wurden im Geschäftsjahr im Umfang von 244.818,00 € (Vj. 108.555,00 €) vorgenommen. Zuschreibungen wegen des Wegfalls des Grunds für den niedrigeren Wertansatz sind im Geschäftsjahr im Umfang von 184.608,82 € (Vj. 901.011,46 €) erfolgt. Der Buchwert der eigengenutzten Grundstücke (siehe hierzu auch Kapitel IV. „Nichtversicherungstechnische Angaben“) wird nach der überwiegenden tatsächlichen Nutzung für das jeweilige gesamte Grundstück angegeben.

**Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen** werden mit den Anschaffungskosten bewertet, teilweise gekürzt um Abschreibungen wegen des Eintretens einer dauerhaften Wertminderung. Im Geschäftsjahr waren deswegen Abschreibungen in Höhe von 8.100.047,51 € (Vj. 3.687.737,87 €) vorzunehmen. Wertaufholungen wegen des Wegfalls der Gründe für die vorangegangenen Wertminderungen erfolgten im Geschäftsjahr nicht (Vj. 4.517.859,51 €).

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit einem Anteilsbesitz von mindestens 20,0 Prozent, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu dienen, sind in der nachfolgenden Tabelle hinsichtlich des Eigenkapitals und des Ergebnisses angegeben:

### Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Name und Sitz der Gesellschaft	Beteiligungsanteil	Eigenkapital	Ergebnis
<i>(Beträge sind zum Stichtagskurs in Euro umgerechnet)</i>	<i>(in Prozent)</i>	<i>(in Euro)</i>	<i>(in Euro)</i>
<b>1. Verbundene Unternehmen</b>			
<b>a) Versicherungsgesellschaften</b>			
ARAG Allgemeine Versicherungs-AG, Düsseldorf	100,00	55.322.905,72	4.941.126,44
ARAG Krankenversicherungs-AG, München	94,00	93.852.897,92	8.200.000,00
<b>b) Andere Gesellschaften – Kapitalgesellschaften</b>			
ARAG International Holding GmbH, Düsseldorf	100,00	77.409.416,12	34.390.365,62
ARAG Liegenschaftsverwaltungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	100,00	359.581,43	1.061,45
ARAG Service Center GmbH, Düsseldorf	80,00	326.198,70	45.190,09
ARAG IT GmbH, Düsseldorf	100,00	8.238.347,93	14.668,84
CURA Versicherungsvermittlung GmbH, Düsseldorf	100,00	2.637.416,81	635.414,80
Solfin GmbH, Düsseldorf	75,10	633.837,56	300.458,67
ALIN 1 Verwaltungs-GmbH, Düsseldorf	100,00	33.162,15	1.571,07
Justix GmbH, Köln	100,00	859.579,47	-1.133.441,89
ARAG plc, Bristol	100,00	12.994.987,77	386.134,16
ARAG – France S.A.R.L. Assistance et Reglement de Sinistres Automobiles et Generaux, Versailles	100,00	18.988,00	0,00
ARAG Legal Services B.V., Leusden	100,00	312.311,48	-25.064,18
ARAG Scandinavia AS, Oslo	100,00	27.757.043,59	20.191.495,52
MIA Multiline Insurance Agency s. r. l., Verona	100,00	55.936,51	-46.782,30
ARAG Services Australia Pty Ltd., Sydney	100,00	1.116.227,70	-1.135.636,70
Agencia de Seguros ARAG SA, Barcelona	100,00	232.255,00	60.948,70
ARAG Services Spain & Portugal S.L., Barcelona <sup>1)</sup>	100,00	615.843,92	-2.766.780,90
<b>c) Andere Gesellschaften – Personengesellschaften</b>			
ARAG 2000 GbR	50,90	70.705.591,06	3.955.815,01
ARAG Liegenschaftsverwaltungs- und Beratungs-GmbH & Co. Immobilien KG, Düsseldorf	50,00	5.346.697,48	246.294,66
ALIN 1 GmbH & Co. KG, Düsseldorf	100,00	87.253.758,83	6.361.420,54
<b>2. Assoziierte Unternehmen</b>			
AXA ARAG Rechtsschutz AG, Zürich <sup>1)</sup>	29,17	44.523.163,98	19.463.909,69

<sup>1)</sup> Zahlen aus dem letzten vorliegenden Abschluss zum 31.12.2021

Die Bewertung der **Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**, die nicht zur dauernden Verwendung wie Anlagevermögen bestimmt wurden, erfolgt mit den Anschaffungskosten beziehungsweise dem niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag entsprechend dem strengen Niederstwertprinzip. Bei Wegfall der Gründe für eine in früheren Berichtsjahren erfolgte außerplanmäßige Abschreibung wird eine Zuschreibung bis zum beizulegenden Wert, höchstens jedoch bis zu den Anschaffungskosten durchgeführt. Wenn Investmentfondsanteile dazu bestimmt werden, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, führen kurzfristige Schwankungen des Börsenkurses nicht zu Veränderungen des Buchwerts. In diesem Fall wirken sich nur nachhaltige Wertveränderungen aus. Zur Ermittlung des nachhaltigen Fondswerts erfolgt dabei ein Durchgriff auf die Einzelbestandteile des Sondervermögens. Kriterien zur Überprüfung von nachhaltigen Wertänderungen sind bei Rententiteln deren Rating und Nominalwert. Für Aktien werden Vergleiche mit historischen Bewertungsparametern herangezogen. Für Anteile an Unternehmen, an Infrastrukturinvestitionen und Immobilieninvestitionen werden Einschätzungen der Experten in den Kapitalanlagegesellschaften auf der Grundlage der Net Asset Values (NAV) des dem Bewertungsstichtag vorhergehenden Quartals herangezogen.

Im Geschäftsjahr waren keine Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip (Vj. 37.343,52 €) vorzunehmen. Abschreibungen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurden im Umfang von 12.282.835,91 € (Vj. 5.326.468,08 €) durchgeführt. Wertaufholungen wurden im Geschäftsjahr nicht (Vj. 6.935.807,89 €) realisiert. Zum Bilanzstichtag bestanden saldierte stille Lasten im Umfang von 22.534.881,74 € (Vj. 134.032,00 €) wegen der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips.

**Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** werden abweichend vom Grundsatz in § 341b Abs. 2 HGB wie Anlagevermögen bewertet und für sie somit das gemilderte Niederstwertprinzip angewendet. Für solche Wertpapiere, deren Bonitätseinstufung unterhalb von BBB- (Second-Best-Rating) liegt oder für die ein Downgrade von zwei Notches oder mehr erfolgt, werden die Ausfallwahrscheinlichkeit und die Ausfallverlustquote betrachtet. Somit erfolgt eine Abschreibung nach Bonitätsrisiko maximal auf den beizulegenden Wert. Das gilt auch, wenn sich im Laufe der Besitzzeit das Rating des Emittenten unter die genannte Schwelle absenkt. Für Wertpapiere ohne jegliches Rating gilt das strenge Niederstwertprinzip. Beim Erwerb über oder unter pari und dem Halten bis zur Endfälligkeit stellt der Unterschiedsbetrag zum Nennwert einen Bestandteil der Anschaffungskosten dar. Dieser wird zusammen mit dem Wertpapier gebucht, jedoch getrennt von diesem behandelt. Der Unterschiedsbetrag (Agio bei höheren Anschaffungskosten als dem Nennwert, Disagio bei geringeren Anschaffungskosten als dem Nennwert) wird planmäßig über die Laufzeit der Inhaberschuldverschreibung nach der Effektivzinsmethode amortisiert. Im Berichtsjahr erfolgten außerplanmäßige Abschreibungen auf den beizulegenden Wert nach dem strengen Niederstwertprinzip in Höhe von 8.416.647,43 € (Vj. 4.630.837,84 €) und nach dem gemilderten Niederstwert-



prinzip im Umfang von 876.683,77 € (Vj. 0,00 €). Wertaufholungen erfolgten in Höhe von 781,20 € (Vj. 209.092,85 €). Im Berichtsjahr wurden Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 557.514,1 T€ vom Umlaufvermögen in das Anlagevermögen umgewidmet, da diese Papiere dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen. Die durch diese Umwidmung vermiedenen Abschreibungen betragen 86.901,7 T€.

Von der Möglichkeit der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurde für Spezial-Investmentfondsanteile und Inhaberschuldverschreibungen Gebrauch gemacht, da diese durch den Vorstand zur dauernden Nutzung im Betriebsvermögen des Versicherungsunternehmens bestimmt wurden. 100 Prozent der Spezialfonds nach Buchwerten sowie 78,3 Prozent der Inhaberschuldverschreibungen sind bei der ARAG SE der dauernden Vermögensanlage gewidmet und werden wie Anlagevermögen bewertet.

**Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen** werden mit den Anschaffungskosten bilanziert, soweit nicht dauerhafte Wertminderungen vorliegen. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert wurden im Umfang von 141.754,26 € (Vj. 0,00 €) durchgeführt. Agio und Disagio werden zusätzlich zum Nennwert bei den Anschaffungskosten erfasst. Diese werden bei Schuldscheinforderungen und Darlehen über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode aufgelöst und als Zinsertrag vereinnahmt oder als negativer Zinsertrag behandelt. Die Amortisation von Agio- und Disagioträgen erfolgt nach der Effektivzinsmethode.

Bei den im Direktbestand der Namensschuldverschreibungen und der Schuldscheinforderungen und Darlehen befindlichen strukturierten Produkten handelt es sich gemäß Verlautbarung IDW RS HFA 22 des Instituts der Wirtschaftsprüfer um einfach strukturierte Produkte, die entsprechend einheitlich bilanziert werden.

**Namensschuldverschreibungen** sind mit dem Nennwert beziehungsweise dem Rückforderungsbetrag bilanziert. Disagioträge werden durch passive Rechnungsabgrenzung linear verteilt. Agioträge werden aktiviert und planmäßig linear über die Laufzeit aufgelöst.

Die **Einlagen bei Kreditinstituten** für Kapitalanlagezwecke sind mit den Nominalbeträgen angesetzt. Eine Saldierung von Zugängen und Abgängen bei den Einlagen bei Kreditinstituten wurden nur insoweit durchgeführt, als die Guthaben von derselben Geschäftseinheit unterhalten werden.

Die **anderen Kapitalanlagen** und die **Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft** werden mit dem Nennwert beziehungsweise mit dem Nennwert der an Vorversicherer geleisteten Sicherungsbeträge bilanziert. Die Restlaufzeit beträgt mit Ausnahme eines Betrags von 549.702,24 € (900.000,00 AUD) aus dem Vorjahr, der eine unbestimmte Laufzeit hat, weniger als ein Jahr, da die Verträge jährlich erneuert werden.

Die Kapitalanlagen sind den Geschäftseinheiten (Hauptverwaltung und Niederlassungen) individuell zugeordnet. Die Zuordnung ist durch die Erfassung im jeweiligen Buchwerk der Geschäftseinheit dokumentiert. Entsprechend der Zuordnung werden auch die Erträge aus den Kapitalanlagen der jeweiligen Geschäftseinheit zugeordnet. Im jährlichen Rhythmus wird die Zuordnung auf der Grundlage der modifizierten Kapitalaufteilungsmethode der deutschen Finanzverwaltung, die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) anerkannt wird, überprüft und über Ausgleichszahlungen angepasst.

Die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** sind grundsätzlich zum Nennwert bilanziert. Von den **Forderungen an Versicherungsnehmer** wird eine Pauschalwertberichtigung für das latente Ausfallrisiko abgesetzt, nachdem die Forderungen, die einen vordefinierten Fälligkeitszeitraum überschritten haben, einzelwertberichtigt wurden. Forderungen an Versicherungsnehmer, die sich im Mahnverfahren befinden, wurden mit der durchschnittlichen Realisationsquote bewertet. Die **Forderungen an Versicherungsvermittler** werden durch Einzelwertberichtigungen und eine Pauschalwertberichtigung in Höhe der mutmaßlichen Ausfälle vermindert. Die Laufzeit der werthaltigen Forderungen beträgt weniger als ein Jahr.

**Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft** bestehen aus dem übernommenen und aus dem abgegebenen Geschäft. Der Gesamtbetrag ergibt sich im Wesentlichen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft der Hauptverwaltung in Deutschland sowie der Niederlassungen in Spanien, Italien und den Niederlanden. Die Bilanzierung erfolgt in Höhe der noch offenen Abrechnungssalden und entfällt auf die folgenden Erst- beziehungsweise Rückversicherungsgesellschaften:

### Bonitätsklasse

(Saldo in Tausend Euro)

	2022	2021
AA	0,0	18,8
AA-	0,0	15,0
A+	3.907,7	11.019,1
A	0,0	0,0
A-	7.657,8	31.601,9
BBB+	0,0	0,0
BBB	0,0	3.447,1
BBB-	0,0	0,0
kein Rating	49.229,7	9.567,7
	<b>60.795,2</b>	<b>55.669,8</b>

In den **sonstigen Forderungen** sind im Wesentlichen Abrechnungssalden aus konzerninternen Dienstleistungen und Posten aus der Abwicklung von Mietverhältnissen, der Regressbearbeitung, der Zahlungseingangsverarbeitung, debitorische Kreditoren und gewährte Vorschüsse an Mitarbeiter enthalten. Alle Posten haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr. Sie wurden mit dem Nennwert bewertet.

Die **Sachanlagen** werden zu Anschaffungskosten aktiviert und linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer (Büromöbel 13 Jahre, Ausstattung für Geschäftsstellen zehn Jahre, Monitore und Personalcomputer drei Jahre) abgeschrieben. In den Sachanlagen enthaltene Kunstgegenstände unterliegen keiner planmäßigen Abschreibung. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden sofort im Zeitpunkt ihrer Anschaffung als Aufwand verrechnet.

Der Bestand an **Vorräten** wurde durch körperliche Aufnahme ermittelt. Die Bewertung erfolgt zu den Anschaffungskosten, die um angemessene Abschläge zur Berücksichtigung von Lagerrisiken und Marktgängigkeit vermindert wurden.

Der Bestand an **Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand** ist zu Anschaffungskosten bewertet. Diese entsprechen dem Nennwert. Bankbestände, die auf fremde Währung lauten, wurden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag unter Außerachtlassung des Anschaffungskosten- und des Realisationsprinzips umgerechnet. Die Bestände werden durch Bankauszüge und Kassenprotokolle nachgewiesen. Erteilte Zahlungsaufträge, die zum Bilanzstichtag noch nicht ausgeführt waren, sind zu den Beständen für den Bilanzausweis im Umfang von 934.112,27 € (Vj. 1.337.410,45 €) hinzugerechnet worden.

Die **anderen Vermögensgegenstände** sind mit den Nennwerten, die den Anschaffungskosten entsprechen, bilanziert. Es handelt sich im Wesentlichen um Steuererstattungsansprüche. Außer beim Betrag von 10.152,8 T€ (Vj. 10.266,6 T€) wegen noch nicht erstellter deutscher Steuererklärungen liegen die Restlaufzeiten unter einem Jahr.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsansprüche aus festverzinslichen Wertpapieren für den Ertragszeitraum vor dem Bilanzstichtag sowie Auszahlungen vor dem Bilanzstichtag, die im Folgejahr als Aufwand zu behandeln sind.

Soweit zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen Differenzen auftreten, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, entstehen darauf **latente Steuern** zu den unternehmensindividuellen Steuersätzen, die in den Ländern des Sitzes der Unternehmenseinheiten gelten. Zu berücksichtigen sind hierbei auch solche Differenzen, deren Umkehrzeitpunkt noch nicht exakt feststeht oder von einer Disposition des Unternehmens abhängig ist oder erst im Zeitpunkt der Liquidation eintreten würden. Die aus den Umkehreffekten zu erwartenden aktiven und passiven latenten Steuern werden miteinander saldiert. Ein Ausweis in der Bilanz erfolgt nur, wenn der Saldo passivisch ist. Aktive latente Steuersalden werden nicht angesetzt.

Das **gezeichnete Kapital** ist durch die Aktionäre in voller Höhe eingezahlt. Die **Kapitalrücklage** enthält ausschließlich Beträge, die Aktionäre in das Eigenkapital der Gesellschaft nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB eingezahlt hatten. Die gesetzliche Rücklage ist gemäß § 150 Abs. 2 Aktiengesetz (AktG) vollständig dotiert.

**Nachrangige Verbindlichkeiten** wurden zur Verbesserung der Eigenmittel bei der Konzernsolvabilität im Wege eines Private Placements im Jahr 2014 emittiert. Die Namensschuldverschreibung über 30.000,0 T€ hat eine feste Laufzeit von zehn Jahren und wird am 29. Juli 2024 zurückgezahlt werden. Die nachrangige Namensschuldverschreibung wurde mit dem Erfüllungsbetrag passiviert. Die Papiere waren und sind nicht an einem organisierten Markt im Sinne von § 2 Abs. 11 des Wertpapierhandelsgesetzes im Inland handelbar.

Die **Bruttobeitragsüberträge** für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden, ausgehend von den gebuchten Beiträgen und Stornierungen ohne die darin enthaltenen Ratenzuschläge, pro rata temporis auf der Basis eines jeden einzelnen Vertrags berechnet. Die rechnerischen Überträge werden um die Einnahmeteile, die zur Deckung der Abschlusskosten vorgesehen sind, gekürzt. Als nicht übertragsfähige Einnahmeteile werden danach entweder individuell bestimmte Anteile (Niederlassungen) oder pauschal 85,0 Prozent (Konzernzentrale) der Provisionen und sonstigen Bezüge der Vertreter angesetzt. Die Bruttobeitragsüberträge für das übernommene Versicherungsgeschäft werden nach den Vorgaben der Erstversicherer bilanziert. Die Anteile der Rückversicherer an den Beitragsüberträgen werden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wurde getrennt nach Ereignisjahren für im jeweiligen Geschäftsjahr gemeldete sowie für bis zum Bilanzstichtag eingetretene, aber noch nicht gemeldete Schäden gebildet. Außerdem wurde eine Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen angesetzt. Bei einer hohen Anzahl von offenen Versicherungsfällen werden Gruppenbewertungsverfahren angewendet, wenn beim Vorliegen von gleichartigen Risiken ihre bilanzmäßige individuelle Behandlung schwierig oder gar unzumutbar ist. Im Bereich der Rechtsschutzversicherung treten in der Regel viele gleichartige Schäden mit im Einzelfall niedrigen Schadenbeträgen auf. Einzelreserven beschränken sich somit auf bekannte Schäden aus bereits weitgehend abgewickelten Jahren. Die Bewertung wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung vorgenommen. Dabei wurde die Einschätzung nach dem besonderen Vorsichtsprinzip für die Schadenrückstellung in den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften nicht risikoneutral im Sinne einer Gewichtung von Chancen und Risiken durchgeführt, sondern es wurden Unwägbarkeiten einkalkuliert, damit die späteren Ausgaben für den einzelnen Versicherungsfall den geschätzten zurückgestellten Betrag nicht überschreiten. Dabei wurden die Wertverhältnisse am Abschlussstichtag zugrunde gelegt. Eine Abzinsung erfolgte nicht. Die Ergebnisse der Gruppen- und Einzelbewertungen wurden durch versicherungsmathematische Verfahren auf Portfoliobasis überprüft und erforderlichenfalls adjustiert. Das Schätzverfahren für die Gruppenbewertungen wurde an die Erkenntnisse aus der aufsichtsrechtlichen Schätzung im Rahmen von Solvency II angelehnt.

Das Abwicklungsergebnis im selbst abgeschlossenen Geschäft aller Versicherungszweige beträgt im Berichtsjahr 4,2 Prozent (Vj. 2,8 Prozent) der Eingangsreserve.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle des übernommenen Rückversicherungsgeschäfts wurde nach den Aufgaben der Erstversicherer bilanziert (Hauptverwaltung). Im übernommenen Geschäft aus dem Vereinigten Königreich wurde die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle auf der Grundlage von Erfahrungswerten und Statistiken der konzerneigenen Schadenregulierungsgesellschaft vor Ort berechnet. Für das übernommene After-The-Event(ATE)-Geschäft aus Kanada wurde im Vorjahr eine Zusatzreserve auf der Grundlage eigener aktuarieller Berechnungen gebildet. Diese Reserve wurde zum Ende des Berichtsjahres dem Geschäftsverlauf angepasst. Bei dem übernommenen Geschäft, das wie selbst abgeschlossenes Geschäft (Niederlassungen) behandelt wird, weil die Schadenregulierung durch den Rückversicherer erfolgt, wurde die Rückstellung nach den gleichen Grundsätzen gebildet, die auch für das selbst abgeschlossene Geschäft angewendet werden. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft wurden entsprechend den Regelungen in den Rückversicherungsverträgen errechnet. Währungsbedingte Anpassungen der Schadenreserven erfolgten auf der Grundlage der Quartalsendkurse im Berichtsjahr. Die daraus resultierenden Kursdifferenzen sind im sonstigen Ergebnis enthalten.

Die **Schwankungsrückstellung** für das selbst abgeschlossene und das übernommene Versicherungsgeschäft wird nach § 341h HGB in Verbindung mit § 29 RechVersV angesetzt und bewertet. Die Berechnung erfolgt getrennt für das selbst abgeschlossene Geschäft und für das in Rückdeckung übernommene Geschäft jeweils nach Versicherungszweigen. Die Aufteilung der errechneten Schwankungsrückstellung auf die Hauptverwaltung und die Niederlassungen erfolgt für die jährlichen Anpassungsbeträge nach verdienten Bruttobeiträgen in dem jeweiligen Versicherungszweig.

Die unter den **sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen** ausgewiesene **Stornorückstellung** wegen Fortfalls oder Verminderung des technischen Risikos wurde in Höhe des voraussichtlichen Bedarfs ermittelt.

Die **Anteile der Rückversicherer** an den versicherungstechnischen Rückstellungen werden entsprechend den jeweils geltenden Quoten-, Fakultativ- und Schadenexzedentenverträgen ermittelt.

Die Berechnung der **Pensionsrückstellungen** erfolgt nach der international üblichen projizierten Einmalbeitragsmethode (Projected Unit Credit Method [PUC-Methode]) in Verbindung mit § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB auf der Grundlage der Richttafeln 2018G von Heubeck beziehungsweise den Angestelltentafeln AVÖ 2018-P für Österreich. Neben den aktuellen Gegebenheiten wurden auch künftige Entwicklungen hinsichtlich Gehälter, Renten und Fluktuation berücksichtigt. Die Abzinsung erfolgte mit einem Diskontierungszinssatz von 1,79 Prozent (Vj. 1,87 Prozent). Die Pensionsverpflichtungen wurden gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz, der sich im Falle von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren ergibt, abgezinst. Der verwendete Zinssatz wurde auf Basis der

Marktdaten zum 31. Oktober 2022 zum Jahresende prognostiziert und leitet sich aus der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) ab. Für die Bewertung wurde unter Nutzung des Wahlrechts von § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB eine pauschale Restlaufzeit von 15 Jahren unterstellt. Zum 31. Dezember 2022 verursachte der Unterschied zwischen der Anwendung des Zehn-Jahres-Durchschnitts und der Anwendung des Sieben-Jahres-Durchschnitts (1,45 Prozent, Vj. 1,35 Prozent) eine um 11.213.833,00 € (Vj. 16.310.342,00 €) geringere Pensionsrückstellung. Der Unterschiedsbetrag ist nicht zur Ausschüttung gesperrt, sofern die nach Ausschüttung verbleibenden frei verfügbaren Rücklagen mindestens dem Unterschiedsbetrag entsprechen, was zum Bilanzstichtag der Fall ist.

Folgende versicherungsmathematischen Parameter wurden für die Ermittlung der Verpflichtungen verwendet: Pensionsalter: frühestmögliches Alter gemäß Rentenversicherungs-Altersgrenzenanpassungsgesetz (RVAGAnpG), Gehaltsdynamik: 2,50 Prozent, Rentendynamik: 2,30 Prozent. Die berücksichtigte Fluktuation entspricht dem allgemein beobachtbaren altersabhängigen Durchschnitt der Branche und beeinflusst den Erfüllungsbetrag nur geringfügig.

Die Aktivwertansprüche aus der Rückdeckungsversicherung wurden mit der Verpflichtung aus den Pensionszusagen verrechnet. Der beizulegende Zeitwert der Aktivwertansprüche entspricht dem Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden in Höhe von 840.781,00 € (Vj. 856.481,00 €). Zusätzlich wurden zur Bedeckung der Altersversorgungsverpflichtung Wertpapiere nach § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB zum Zeitwert von 925.100,00 € mit dem Barwert der Verpflichtung verrechnet. Da der Zeitwert dem Buchwert entspricht, ist kein ausschüttungsgesperrter Betrag gemäß § 268 Abs. 8 Satz 3 HGB entstanden. Dieser Betrag wirkte sich wegen der frei verfügbaren Rücklagen tatsächlich nicht auf die ausschüttbare Dividende aus. Das Wahlrecht gemäß Artikel 28 Abs. 1 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) zur Unterlassung der Bildung von Pensionsrückstellungen für Altzusagen ist nicht in Anspruch genommen worden. Unterdeckungen bei Pensionsfonds, die Altersversorgungszusagen für Mitarbeiter der Niederlassung Belgien gewähren, sind durch die lang andauernde Niedrigzinsphase im Umfang von 120.258,10 € (Vj. 635.534,12 €) entstanden. Diese wurden nach aktuariellen Grundsätzen ermittelt und als Pensionsverpflichtung ausgewiesen.

Die **Steuerrückstellungen** sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartenden Erfüllungsbetrags angesetzt worden.

Die **sonstigen Rückstellungen** werden generell in Höhe des Betrags angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Erfüllung der Verpflichtung notwendig ist. Die Restlaufzeit beträgt im Allgemeinen weniger als ein Jahr. Aus der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr entstanden Zinserträge in Höhe von 15.687,07 € (Vj. 0,00 €) und Zinsaufwendungen in Höhe von 107.423,27 € (Vj. 128.019,04 €).

Folgende wesentliche sonstige Rückstellungen unterliegen spezifischen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen:

**Rückstellungen für Vorruhestandsverpflichtungen** wurden für den Personenkreis gebildet, mit dem einzelvertragliche Vereinbarungen bestehen. Die Berechnung erfolgte nach versicherungsmathematischen Grundsätzen; die Beträge wurden auf den Bilanzstichtag mit einem Diskontsatz von 1,45 Prozent (Vj. 1,35 Prozent) abgezinst.

Im Geschäftsjahr wurde eine Rückstellung gemäß dem **Altersteilzeitabkommen** für das private Versicherungsgewerbe vom 11. Juni 1997 nach der Verlautbarung des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) RS HFA 3 vom 18. November 1998 unter Zugrundelegung eines laufzeitadäquaten Rechnungszinsfußes von 1,45 Prozent (Vj. 1,35 Prozent) gebildet. Dabei wurde bei Anwärtern, mit denen noch keine konkrete Vereinbarung getroffen wurde, die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme sowie die natürliche Fluktuation der Mitarbeiter berücksichtigt. Die Insolvenzsicherung von Wertguthaben aus Arbeitszeitkontenmodellen der Arbeitnehmer nach dem Altersteilzeitgesetz (AltTZG) erfolgt über eine Höchstbetragsbürgschaft einer deutschen Geschäftsbank.

Für Jubiläumszahlungen aus Anlass von Dienstjubiläen der Mitarbeiter wurde im Berichtsjahr eine **Jubiläumsrückstellung** gebildet. Die Berechnung erfolgte nach der projizierten Einmalbeitragsmethode unter Beachtung der Sterblichkeit nach den Richttafeln 2018 G von Heubeck und der Verwendung eines Diskontsatzes (Sieben-Jahres-Durchschnitt) von 1,45 Prozent (Vj. 1,35 Prozent). Die Fluktuation wurde mit durchschnittlich 1,5 Prozent und die Gehaltsdynamik mit 2,5 Prozent berücksichtigt. Als Endalter wurde das frühestmögliche Pensionsalter gemäß RVAGAnpG gewählt. Für Mitarbeiter in Italien bestehen Verpflichtungen zur Übernahme von Krankheitskosten nach dem altersbedingten Ausscheiden, für zusätzliche Altersversorgungsleistungen bei langer Betriebszugehörigkeit und für umzuwandelnde Versorgungsansprüche aus Abfertigungsansprüchen. Die Bewertung erfolgte nach aktuariellen Grundsätzen unter Berücksichtigung der Lebenserwartung nach der geschlechtsspezifischen Tabelle A62, einer Fluktuation bis zum Alter 65 von 3,0 Prozent und einem Diskontierungssatz von 1,45 Prozent (Vj. 1,35 Prozent).

Die **Depotverbindlichkeiten** sind mit dem Nennwert der erhaltenen Sicherheitsleistung bilanziert. Sie haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Die **anderen Verbindlichkeiten** sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Die Restlaufzeit beträgt weniger als ein Jahr.

Die **Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** und die **Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft** sind mit dem Nennwert bewertet. Alle Verbindlichkeiten, die nicht verzinslich sind, wurden mit dem Nennwert oder dem höheren Erfüllungsbetrag bewertet. Die **sonstigen Verbindlichkeiten** sind mit den Erfüllungsbeträgen bilanziert.

Bei den **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind im Wesentlichen noch nicht abgerechnete Nebenkostenvorauszahlungen aus vermieteten Immobilien enthalten. Disagio-beträge aus Namensschuldverschreibungen bestehen im Umfang von 1.747,46 € (Vj. 4.068,86 €). **Passive latente Steuern** resultieren aus Differenzen zwischen handelsrechtlichen Wertansätzen und den korrespondierenden steuerlichen Wertansätzen, die sich in späteren Jahren voraussichtlich abbauen, woraus sich insgesamt eine künftige Steuerbelastung ergibt. Diese werden in dem Umfang in der Bilanz ausgewiesen, in dem

sich je Jurisdiktion ein Überhang eines passiven latenten Steuersaldos nach der Saldierung mit aktiven latenten Steuern ergibt. Aus der Berücksichtigung passiver latenter Steuern entstand im Berichtsjahr ein Ertrag von 1.528.274,51 € (Vj. 2.001.442,82 € Ertrag).

### **Währungsumrechnung**

Die Anschaffungskosten der Kapitalanlagen in Fremdwährung sind mit dem Transaktionskurs zum Anschaffungszeitpunkt in Euro umgerechnet worden. Für die Ermittlung des Börsen- oder Marktpreises wird für ausländische Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag verwendet; alle anderen Vermögensanlagen werden mit dem Devisenkurs zum Auszahlungszeitpunkt oder dem niedrigeren Währungskurs am Bilanzstichtag bewertet. Die übrigen Aktiva und Passiva mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr werden mit dem Devisenkassamittelkurs unter Außerachtlassung des Anschaffungskosten- und des Realisationsprinzips zum Bilanzstichtag umgerechnet. Erträge und Aufwendungen werden mit dem Transaktionskurs zum Zeitpunkt des Zu- beziehungsweise Abflusses bewertet.

Aus der Währungsumrechnung entstanden im Geschäftsjahr Erträge in Höhe von 5.351.343,34 € (Vj. 523.282,67 €) und Aufwendungen in Höhe von 2.670.206,97 € (Vj. 4.048.953,78 €). Diese werden im sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

### **Zeitwertangaben gemäß § 54 RechVersV**

**Zeitwerte der Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken** Für die Zeitwertermittlung liegen intern und extern erstellte Wertgutachten vor. Diese entsprechen den Erfordernissen nach § 55 Abs. 3 RechVersV. Die Gutachten werden jährlich neu erstellt oder intern an die geänderten Rahmendaten angepasst. Die interne Anpassung wird entsprechend der Empfehlung des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) auf der Basis des „vereinfachten Ertragswertverfahrens“ mit den zum Stichtag ermittelten Marktwerten bewertet.

### **Zeitwerte für die Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen**

Grundsätzlich wurden die Anteile und Beteiligungen nach dem Ertragswertverfahren bewertet. Bei den Gesellschaften, die schwerpunktmäßig Dienstleistungen für den ARAG Konzern erbringen, sowie bei Zwischenholdinggesellschaften wurde der Zeitwert in Höhe des anteiligen Substanzwerts angegeben. Wegen des Erfordernisses der Beschleunigung der Jahresabschlussprozesse (Solvency II) wurden dafür teilweise Werte zum Ende des dritten Quartals verwendet. Für Beteiligungen und Anteile, die zeitnah erworben wurden, ist der Zeitwert mit dem Buchwert gleichgesetzt worden.



**Zeitwerte der Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie der Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** Die Bewertung erfolgte entsprechend zu den bereits beschriebenen Bewertungsverfahren dieser Bilanzpositionen. Die Zeitwerte der Private-Equity- und Infrastrukturfonds sind aus dem von der Kapitalanlageverwaltungsgesellschaft mitgeteilten NAV für das dem Bilanzstichtag vorausgehende Quartal abgeleitet worden.

**Zeitwerte der sonstigen Kapitalanlagen** Die Zeitwerte der Bilanzpositionen B. III. 1., 2. und 3. entsprechen den Börsen- oder Marktwerten am Bilanzstichtag. Für die Ermittlung von Marktwerten bei nicht börsennotierten Papieren (Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen) wird als Kalkulationsgrundlage die Swapkurve herangezogen. Hier wird der der Laufzeit des zu bewertenden Papiers entsprechende Zinssatz auf der Swapkurve ermittelt. Etwaige Zu- und Abschläge („Spreads“) aufgrund der Ausgestaltung des jeweiligen Papiers (Laufzeit, Sicherheiten, Ratings etc.) werden entsprechend berücksichtigt.

**Zeitwerte der anderen Kapitalanlagen** Der Zeitwert entsprach dem Nominalwert. Es handelte sich um Genossenschaftsanteile. Zum Ende des Berichtsjahrs ist kein Bestand mehr vorhanden.

In der Aufstellung der Kapitalanlagen im Anhang unter IV. „Nichtversicherungstechnische Angaben“ sind die Zeitwerte nach Anlageklasse angegeben.

### III. Versicherungstechnische Angaben

(in Tausend Euro)

	Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft				
	Rechts- schutz	Beistands- leistungs- versicherung	Sonstige (versch. finanz. Verluste)	Summe 2022	Summe 2021
Gebuchte Bruttobeiträge	801.152	51.717	7.748	860.616	797.738
Verdiente Bruttobeiträge	793.281	50.865	7.747	851.893	786.632
Verdiente Nettobeiträge	-	-	-	-	-
Aufwendungen für Versicherungsfälle	395.970	31.232	913	428.114	410.778
davon Zahlungen für Versicherungsfälle	377.694	24.150	939	402.783	385.744
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	331.879	24.385	4.263	360.526	336.828
davon Abschlussaufwendungen	103.940	21.219	237	125.396	113.667
davon Verwaltungsaufwendungen	227.939	3.166	4.025	235.130	223.160
Veränderung der Schwankungsrückstellung	0	1.330	535	1.865	-912
Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen und Erträge	1.319	0	0	1.319	1.516
Versicherungstechnisches Ergebnis	66.752	-3.421	3.106	66.437	39.630
Versicherungstechnische Rückstellungen:					
Beitragsüberträge	169.506	3.794	3.744	177.045	168.321
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	1.040.269	15.198	917	1.056.384	1.031.053
Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	0	6.135	1.090	7.225	9.090
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	1.080	0	0	1.080	949

#### Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	2022	2021
(in Stück)		
National	1.806.980	1.747.331
International	2.946.844	2.930.458
<b>Gesamt</b>	<b>4.753.824</b>	<b>4.677.789</b>

In den internationalen Niederlassungen wird das Geschäft zu einem großen Teil (40,0 Prozent) als übernommenes Geschäft betrieben. Die in diesem Rahmen gehaltenen Verträge und die damit übernommenen Risiken sind in den oben aufgeführten Zahlen nicht enthalten.

Übernommenes Versicherungsgeschäft					Abgegebenes Versicherungsgeschäft		Gesamtes Versicherungsgeschäft	
Rechts- schutz	Beistands- leistungs- versicherung	Sonstige (versch. finanz. Verluste)	Summe 2022	Summe 2021	2022	2021	2022	2021
294.363	14.567	312	309.242	294.665	-	-	1.169.859	1.092.403
290.489	13.989	288	304.767	290.480	-	-	1.156.660	1.077.113
-	-	-	-	-	951	871	1.155.709	1.076.242
131.980	15.348	46	147.374	144.482	-1.134	135	574.355	555.394
108.781	14.834	59	123.673	112.202	166	296	526.290	497.650
151.191	245	226	151.662	147.606	0	0	512.188	484.434
693	245	27	965	687	-	-	-	-
150.498	0	199	150.697	146.920	-	-	-	-
-16.298	-482	-7	-16.786	-10.482	0	0	-14.921	-11.394
0	0	0	0	0	0	0	1.319	1.516
-8.980	-2.086	10	-11.056	-12.090	183	-1.005	55.563	26.535
50.975	4.586	83	55.644	53.095	0	0	232.689	221.416
299.913	2.378	56	302.347	281.198	1.195	228	1.357.536	1.312.024
73.556	8.517	51	82.124	65.338	0	0	89.349	74.428
0	0	0	0	0	0	0	1.080	949

Die gebuchten Bruttobeiträge des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts sind im Umfang von 471.067,7 T€ (Vj. 446.140,0 T€) in Deutschland erzielt worden. Aus den übrigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft sowie anderen Mitgliedstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum wurden Beiträge im Umfang von 389.548,8 T€ (Vj. 351.598,1 T€) gebucht. In Drittländern wurde kein Geschäft abgeschlossen. Die gebuchten Bruttobeiträge des übernommenen Versicherungsgeschäfts stammen in voller Höhe aus dem Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft.

## IV. Nichtversicherungstechnische Angaben

**Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2022:  
Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis III. im Geschäftsjahr 2022**

Kapitalanlageart	Stand 01.01.2022	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen
<i>(in Euro)</i>					
<b>A. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>					
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.845.860,50	0,00	1.834.152,07	0,00	0,00
<b>Summe A.</b>	<b>3.845.860,50</b>	<b>0,00</b>	<b>1.834.152,07</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken</b>	<b>49.951.927,66</b>	<b>0,00</b>	<b>213.496,68</b>	<b>1.094.405,00</b>	<b>0,00</b>
<b>B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen</b>					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	423.135.796,13	0,00	15.510.473,62	1.415.488,70	0,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.475.000,00	0,00	0,00	300.000,00	0,00
3. Beteiligungen	17.052.566,37	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>Summe B. II.</b>	<b>442.663.362,50</b>	<b>0,00</b>	<b>15.510.473,62</b>	<b>1.715.488,70</b>	<b>0,00</b>
<b>B. III. Sonstige Kapitalanlagen</b>					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	645.825.437,92	0,00	56.533.810,03	57.182.308,44	0,00
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere <sup>1)</sup>	702.985.735,33	0,00	235.633.989,56	95.433.122,13	0,00
3. Hypotheken, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	125.511.291,88	0,00	0,00	31.000.000,00	0,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	227.987.392,36	0,00	5.020.530,92	36.015.591,00	0,00
c) Übrige Ausleihungen	76.260,86	0,00	90.995,00	49.111,71	0,00
5. Einlagen bei Kreditinstituten	28.229.800,00	0,00	30.029.800,00	1.229.800,00	0,00
6. Andere Kapitalanlagen	16.000,00	0,00	0,00	16.000,00	0,00
<b>Summe B. III.</b>	<b>1.730.631.919,35</b>	<b>0,00</b>	<b>327.309.125,51</b>	<b>220.925.933,28</b>	<b>0,00</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>2.227.093.070,01</b>	<b>0,00</b>	<b>344.867.247,88</b>	<b>223.735.826,98</b>	<b>0,00</b>

<sup>1)</sup> Im Berichtsjahr wurden unter diesem Posten Umwidmungen von Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 557.514,1 T€ vom Umlaufvermögen in das Anlagevermögen vorgenommen.

Zuschreibungen	Planmäßige Abschreibung	Außer- planmäßige Abschreibung	Stand 31.12.2022	Anschaffungs- kosten/ Nennwert	Verkehrswert 31.12.2022	Bewertungs- reserve
0,00	2.644.731,89	0,00	3.035.280,68	40.401.218,43	3.035.280,68	0,00
<b>0,00</b>	<b>2.644.731,89</b>	<b>0,00</b>	<b>3.035.280,68</b>	<b>40.401.218,43</b>	<b>3.035.280,68</b>	<b>0,00</b>
<b>184.608,82</b>	<b>1.141.363,37</b>	<b>244.818,00</b>	<b>47.869.446,79</b>	<b>63.208.957,70</b>	<b>73.985.000,00</b>	<b>26.115.553,21</b>
0,00	0,00	8.100.047,51	429.130.733,54	478.417.170,58	1.171.030.101,21	741.899.367,67
0,00	0,00	0,00	2.175.000,00	2.175.000,00	2.175.000,00	0,00
0,00	0,00	0,00	17.052.566,37	17.052.566,37	57.746.000,00	40.693.433,63
<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>8.100.047,51</b>	<b>448.358.299,91</b>	<b>497.644.736,95</b>	<b>1.230.951.101,21</b>	<b>782.592.801,30</b>
0,00	0,00	12.282.835,91	632.894.103,60	648.350.368,97	610.359.221,86	-22.534.881,74
781,20	0,00	9.293.331,20	833.894.052,76	848.460.794,46	742.475.536,60	-91.418.516,16
0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	1,00	0,00
0,00	0,00	0,00	94.511.291,88	94.511.291,88	89.901.249,49	-4.610.042,39
0,00	0,00	141.754,26	196.850.578,02	196.982.694,53	186.752.624,48	-10.097.953,54
0,00	0,00	0,00	118.144,15	118.144,15	118.144,15	0,00
0,00	0,00	0,00	57.029.800,00	57.029.800,00	57.029.800,00	0,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>781,20</b>	<b>0,00</b>	<b>21.717.921,37</b>	<b>1.815.297.971,41</b>	<b>1.845.453.094,99</b>	<b>1.686.636.577,58</b>	<b>-128.661.393,83</b>
<b>185.390,02</b>	<b>3.786.095,26</b>	<b>30.062.786,88</b>	<b>2.314.560.998,79</b>	<b>2.446.708.008,07</b>	<b>2.994.607.959,47</b>	<b>680.046.960,68</b>

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken mit einem Buchwert von 28.785.095,72 € (Vj. 29.507.255,04 €) werden für den eigenen Geschäftsbetrieb genutzt.

Daneben besteht eine Beteiligung an einer grundstücksverwaltenden Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), deren ausschließliche Aufgabe der Betrieb eines Verwaltungsgebäudes ist. Die Beteiligung hat einen Buchwert von 30.820.875,28 € (Vj. 32.236.363,98 €). Das von der GbR verwaltete Grundstück (Konzernzentrale des ARAG Konzerns in Düsseldorf) wird fast ausschließlich für den eigenen Geschäftsbetrieb genutzt. Die Nutzung durch verbundene Unternehmen für deren Geschäftsbetrieb ist von untergeordneter Bedeutung.

### Angaben zu Kapitalanlagen

Im Kapitalanlagebestand sind folgende **Investmentvermögen** enthalten, die zu mehr als 10,0 Prozent durch die Gesellschaft gehalten werden:

#### Spezialfonds

Spezialfonds	Art des Fonds	Anlageziel	Buchwert 31.12.2022	Marktwert 31.12.2022	Differenz	Ausschüttung 2022	Rückgabe
			(in Euro)	(in Euro)	(in Euro)	(in Euro)	
ARRE	Rentenfonds	Ertragsmehrung	376.630.295,05	332.200.018,09	- 44.430.276,96	882.450,36	jederzeit
ARI 1	Rentenfonds	Ertragsmehrung	61.906.210,82	56.622.302,75	- 5.283.908,07	399.294,89	jederzeit
ARI 2	Rentenfonds	Ertragsmehrung	34.682.504,07	33.264.102,87	- 2.418.401,20	345.389,96	jederzeit
AAF	Aktiefonds	Ertragsmehrung	61.467.132,17	78.271.822,49	16.804.690,32	0,00	jederzeit
EMA	Aktiefonds	Ertragsmehrung	23.029.819,63	23.029.819,63	0,00	5.349,88	jederzeit
SIVE Fonds							
INKA	Aktiefonds	Ertragsmehrung	64.405.202,74	75.544.418,33	11.139.215,59	0,00	jederzeit
<b>Summe</b>			<b>622.121.164,47</b>	<b>598.932.484,16</b>	<b>- 23.188.680,31</b>	<b>1.632.485,09</b>	

Die Anlageziele der börsentäglich handelbaren Fonds orientieren sich an den jeweiligen Vergleichsvorgaben (Benchmark), die aus der strategischen Kapitalanlagestruktur abgeleitet sind.

Zum 31. Dezember 2022 waren Anteile an Investmentvermögen mit einem Buchwert von 632.174.619,63 € dem Kapitalanlagebestand zugeordnet, der wie Anlagevermögen behandelt wird. Der Zeitwert der Investmentanteile, die der dauernden Vermögensanlage gewidmet sind, betrug zum Bilanzstichtag 609.625.384,84 €. Eine außerplanmäßige Abschreibung erfolgte nicht, da nach Überprüfung der einzelnen in den jeweiligen Fonds enthaltenen Kapitalanlagen davon auszugehen ist, dass nur eine vorübergehende Wertminderung vorliegt.

Bei den Inhaberschuldverschreibungen wurde ebenfalls von der Möglichkeit der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip für die Anteile Gebrauch gemacht, die durch den Vorstand zur dauernden Nutzung im Betriebsvermögen des Versicherungsunternehmens bestimmt wurden. Zum Ende des Geschäftsjahres 2022 waren dem Kapitalanlagebestand, der wie Anlagevermögen behandelt wird, Wertpapiere mit einem

Buchwert von 652.940.383,80 € zugeordnet. Der Zeitwert dieser Inhaberschuldverschreibungen betrug zum Bilanzstichtag 560.887.032,35 €. Auch hier ist von einer nicht dauerhaften Wertminderung auszugehen (zum Beispiel bei zinsinduziertem Rückgang des Zeitwerts bei der Absicht, das Wertpapier bis zur Endfälligkeit zu halten, und dann die Rückzahlung zum Nominalwert zu realisieren), sodass keine außerplanmäßige Abschreibung erfolgte.

Die **anderen Vermögensgegenstände** setzen sich wie folgt zusammen:

### Andere Vermögensgegenstände

(in Euro)	2022	2021
Erstattungsanspruch für Ertragsteuern aus laufenden Steuerveranlagungen und wegen Feststellungen der Betriebsprüfung	10.607.882,01	18.958.937,27
Erstattungsanspruch italienischer Versicherungsteuer	6.389.498,30	5.952.282,02
Übrige Posten	239.511,65	177.417,96
<b>Summe</b>	<b>17.236.891,39</b>	<b>25.088.637,25</b>

### Bilanzierte latente Steuern

Die Berechnung erfolgte mit dem aktuellen Ertragsteuersatz des Landes, das das Besteuerungsrecht für die entsprechende Bemessungsgrundlage nach dem einschlägigen Doppelbesteuerungsabkommen im Zeitpunkt der Umkehr haben wird. Für Zwecke der Bilanzierung wurden die Effekte aus der Umkehr der Unterschiede zwischen der Handelsbilanz und der Steuerbilanz hinsichtlich ihrer Auswirkung auf die Steuerbemessungsgrundlage überprüft. Aktive latente Steuern wurden mit den passiven latenten Steuern saldiert. Der bilanzierte Betrag des Passivüberhangs der latenten Steuern von 2.945.579,07 € (Vj. 4.473.853,58 €) resultiert im Wesentlichen aus einem Passivüberhang aus Österreich (steuerliche Schwankungsrückstellung), Spanien (Grundstücke und Gebäude) und den Niederlanden (steuerliche Schwankungsrückstellung).

## Eigenkapital

		2022
<i>(in Euro)</i>		
<b>Gesamt</b>		<b>512.212.226,93</b>
<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>		
<b>Das Grundkapital beträgt</b>		<b>100.000.000,00</b>
<p>Das Grundkapital ist eingeteilt in 62.500 Stückaktien, die auf den Namen lauten.            Alle Aktien sind voll eingezahlt.            Der AFI Verwaltungs-Gesellschaft mbH, Düsseldorf, und der ARAG Holding SE, Düsseldorf, gehören jeweils mehr als der 4. Teil der Aktien der Gesellschaft.            Der ARAG Holding SE gehört mittelbar die Mehrheit des Aktienkapitals der Gesellschaft.</p>		
<b>II. Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB</b>		
Vortrag zum 01.01.2022	81.772.569,19	
Veränderungen im Geschäftsjahr	0,00	
<b>Stand am 31.12.2022</b>		<b>81.772.569,19</b>
<b>III. Gewinnrücklagen</b>		
1. Gesetzliche Rücklage		
Vortrag zum 01.01.2022	10.000.000,00	
Einstellungen aus dem Ergebnis	0,00	
<b>Stand am 31.12.2022</b>		<b>10.000.000,00</b>
Die Rücklage ist gemäß § 150 Abs. 2 AktG vollständig dotiert.		
2. Andere Gewinnrücklagen		
Vortrag zum 01.01.2022	295.200.000,00	
Einstellungen der Hauptversammlung	3.500.000,00	
Einstellungen aus dem lfd. Bilanzgewinn	0,00	
<b>Stand am 31.12.2022</b>		<b>298.700.000,00</b>
		<b>308.700.000,00</b>
<b>IV. Bilanzgewinn</b>		
Bilanzgewinn am 31.12.2021		23.585.943,03
Gewinnverwendung: Dividendenausschüttung		- 20.000.000,00
Gewinnverwendung: Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		- 3.500.000,00
Jahresüberschuss 2022		21.653.714,71
Einstellungen in die gesetzliche Rücklage (§ 150 Abs. 2 AktG)		0,00
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		0,00
<b>Bilanzgewinn am 31.12.2022</b>		<b>21.739.657,74</b>

### Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Position berücksichtigt seit dem Jahr 2010 auch die Verrechnung von Anwartschaftsansprüchen aus der Rückdeckungsversicherung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB. Der Posten zum 31. Dezember 2022 ermittelt sich daher wie folgt:



## Pensionsverpflichtungen

(in Euro)	2022	2021
Erfüllungsbetrag der erdienten Ansprüche	224.952.283,61	214.016.245,31
davon mit Aktivwertansprüchen verrechenbar	- 840.781,00	- 856.481,00
davon mit Wertpapieren verrechenbar	- 925.100,00	- 2.534.820,00
<b>Verbleiben</b>	<b>223.186.402,61</b>	<b>210.624.944,31</b>

Aufgrund der bis September 2022 andauernden Niedrigzinsphase ist eine Vermögensunterdeckung bei einem Pensionsfonds entstanden, auf den Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern ausgelagert wurden. In Höhe der Unterdeckung haftet der Arbeitgeber gegenüber den versorgungsberechtigten Arbeitnehmern im Auszahlungsfall. Der Betrag der Unterdeckung beläuft sich auf 120.258,10 € (Vj. 635.534,12 €) und ist im oben dargestellten Erfüllungsbetrag der erdienten Ansprüche enthalten. Von der Übergangsregelung in Artikel 67 Abs. 1 EGHGB und dem Ansatzwahlrecht in Artikel 28 Abs. 1 EGHGB wurde kein Gebrauch gemacht. Die Pensionsverpflichtungen sind vollständig bilanziert.

## Steuerrückstellungen

Noch an die Finanzverwaltungen (Deutschland und Sitzländer der Niederlassungen) abzuführende bisher nicht veranlagte Ertragsteuern wurden in Höhe von 1.157.859,76 € (Vj. 1.926.262,23 €) zurückgestellt. Für sonstige Steuern und für bisher nicht geltend gemachte Steuerbeträge aus Betriebsprüfungen wurden 9.124.229,63 € (Vj. 8.382.950,73 €) zurückgestellt.

## Sonstige Rückstellungen

(in Euro)	2022	2021
Ausstehende Vergütungen an Mitarbeiter	24.137.691,88	23.275.233,20
Ausstehende Provisionszahlungen	18.822.859,91	18.744.801,92
Rückstellung für ausstehende Rechnungen	7.280.086,07	6.598.395,40
Vorruhestand und Altersteilzeitverpflichtungen	6.287.495,23	3.728.587,28
Jubiläumsrückstellung	4.039.139,96	4.072.063,86
Abfertigungen (Österreich, Slowenien, Griechenland)	3.110.232,41	3.249.396,97
Steuerzinsen und steuerliche Nebenleistungen	654.769,00	0,00
Ausgleichsansprüche für ausscheidende Vertreter	1.354.516,44	1.271.627,40
Erfolgs- und Geschäftsplanvergütungen für Vertreter	1.708.000,00	1.737.000,00
Jahresabschluss- und Betriebsprüfungskosten	1.840.667,75	1.887.721,01
Abfindungen	786.313,90	422.732,00
Wettbewerbsauslobungen für den Vertrieb	1.194.311,40	1.808.320,11
Aufsichtsrats- und Beiratsvergütungen	687.782,00	683.522,00
Sozialplan- und Umstrukturierungsverpflichtungen	21.480,71	26.470,05
Kosten für laufende Rechtsstreitigkeiten	260.480,31	420.847,56
Übrige sonstige Rückstellungen	4.566.168,27	4.924.988,86
<b>Summe</b>	<b>76.751.995,04</b>	<b>72.851.707,62</b>

### Außerordentliches Ergebnis

Im Geschäftsjahr entstanden keine außerordentlichen Aufwendungen und Erträge.

### Steueraufwand

Die Ertragsteuern in der Gewinn- und Verlustrechnung entfallen im Umfang von 19.724.536,25 € (Vj. 21.569.700,01 €) auf das Geschäftsjahr und im Umfang von 628.450,03 € (Vj. 4.368.747,12 €) auf Vorjahre. Zusätzlich sind Erträge aus der Veränderung der latenten Steuersalden in Höhe von 1.528.274,51 € (Vj. 2.001.442,82 €) enthalten.

## V. Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2022 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten. Die bisherige Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2023 verläuft erwartungsgemäß.

## VI. Sonstige Angaben

### Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

(in Euro)	2022	2021
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	202.611.351,81	186.519.355,35
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	15.567.915,67	16.715.281,89
3. Löhne und Gehälter	188.495.445,36	185.366.488,90
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	33.651.835,14	33.411.805,52
5. Aufwendungen für Altersversorgung	37.097.499,76	29.237.830,00
<b>6. Aufwendungen insgesamt</b>	<b>477.424.047,74</b>	<b>451.250.761,66</b>

Für das übernommene Versicherungsgeschäft sind zusätzlich Provisionen im Umfang von 133.851.716,37 € (Vj. 131.254.704,32 €) aufgewendet worden.

### Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen (§ 251 und § 285 HGB)

**Sonstige finanzielle Verpflichtungen**, die nicht im Rahmen des Versicherungsgeschäfts entstanden und für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, sind nicht bekannt. Die ARAG SE ist Gesellschafter der ARAG 2000 Grundstücksgesellschaft bürgerlichen Rechts und haftet für Verpflichtungen dieser Gesellschaft gesamtschuldnerisch und unbeschränkt mit ihrem gesamten Vermögen. Eine Inanspruchnahme ist sehr unwahrscheinlich, da die Gesellschaft eine Eigenkapitalquote von 91,4 Prozent (70,7 Millionen €) aufweist, über finanzielle Mittel im Umfang von 4.541,9 T€ verfügt und einen Jahresüberschuss von 3.955,8 T€ erzielt hat.

Zur Besicherung der Verpflichtungen aus zwei Quoten-Rückversicherungsverträgen mit zwei kanadischen Erstversicherern wurden Sicherheiten gestellt. Wertpapiere mit einem Buchwert von 61.564.916,00 € (Nominalwert 89,2 Millionen CAD) und zwei Bankkonten mit Guthaben von umgerechnet 8.710.620,74 € wurden zugunsten der beiden Erstversicherer verpfändet und stehen zur Bedeckung anderer versicherungstechnischer Risiken als zu denen, für die sie zur Besicherung bestimmt sind, nicht zur Verfügung.

**Ausstehende Einlagen** entfallen auf folgende Gesellschaften:

### **Ausstehende Einlagen beziehungsweise Einzahlungsverpflichtungen**

(in Euro)

ARAG IT GmbH, Düsseldorf	1.495.000,00
ARAG Legal Services B.V., Leusden, Niederlande	6.977.311,00
Foyer-ARAG S.A., Leudelange, Luxemburg	24.788,00
Private-Equity- und Infrastrukturfonds (Kapitalanlagen)	6.655.620,45

Alle ausstehenden Einlagen sind nicht eingefordert. Mit einer Einforderung ist vonseiten der Infrastruktur- und Private-Equity-Fonds nur im Umfang von 6.308.395,24 € innerhalb von circa 12 Monaten zu rechnen. Ein Teil der Fonds befindet sich bereits in der Auszahlungsphase, hier werden Restbeträge nicht mehr eingefordert werden. Die ausstehenden Einlagen werden kurz- bis mittelfristig nicht eingefordert werden.

Über das verbundene Unternehmen ALIN 1 GmbH & Co. KG wurden mit verschiedenen Private-Equity- und Infrastrukturfonds Investitionsvereinbarungen mit einem Gesamtvolumen von 190.996.259,92 € geschlossen. Abrufe der Fonds führen in zeitlicher Nähe der Fälligkeit der Zahlung zu einer Einzahlung in die ALIN 1 GmbH & Co. KG, um die notwendige Liquidität bereitzustellen. Zum 31. Dezember 2022 waren insgesamt 90.486.036,06 € an Einzahlungsverpflichtungen bei der ALIN 1 GmbH & Co. KG noch offen.

### **Abschlussprüferhonorare**

Mit dem Abschlussprüfer wurden durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft für die Prüfung des Jahresabschlusses und der Solvabilitätsübersicht zum 31. Dezember 2022 Honorare vereinbart. Einschließlich der Auslagen und der nicht abzugsfähigen Umsatzsteuer wurden im Berichtsjahr für die Prüfungsleistungen 719.566,00 € aufwandswirksam (ohne Umsatzsteuer 687.200,00 €) zurückgestellt. In diesem Betrag sind die Kosten für die Prüfung der Solvabilitätsübersicht nach Solvency II sowie eine Umlage der Obergesellschaft für die Weiterberechnung von Prüfungskosten für den Konzernabschluss enthalten. Daneben wurde für eine Bestätigungsleistung in den Niederlanden ein Honorar von 6.510,00 € (ohne Umsatzsteuer) gewährt. Die Umsatzsteuer ist jeweils als Aufwand erfasst, da grundsätzlich keine Vorsteuerabzugsberechtigung besteht.

**Mitarbeiter**

Die ARAG SE hat im Geschäftsjahr 2022 durchschnittlich 2.967 (Vj. 2.926) Mitarbeiter beschäftigt. Zum 31. Dezember 2022 waren im Unternehmen 2.982 (Vj. 2.935) Mitarbeiter angestellt.

Der Mitarbeiterbestand zum 31. Dezember 2022 teilt sich auf in 1.135 (Vj. 1.145) Mitarbeiter der Hauptverwaltung in Düsseldorf und 1.672 (Vj. 1.636) Mitarbeiter der internationalen Niederlassungen. Zusätzlich waren 175 (Vj. 154) Personen aufgrund von Mutterschutz, Elternzeit, Erkrankungen und anderen Gründen als passive Mitarbeiter im Personalbestand enthalten. Davon entfallen 78 Personen auf die Hauptverwaltung (Vj. 65) und 97 Personen auf die internationalen Niederlassungen (Vj. 89).

Zum Zwecke ihrer Ausbildung wurden zusätzlich vier (Vj. sieben) Personen beschäftigt.

**Bezüge des Aufsichtsrats, des Beirats und des Vorstands nach § 285 Nr. 9 a HGB**

Der Aufwand für Bezüge des Aufsichtsrats betrug 600.000,00 €, der für den Beirat 87.782,00 €. Die Bezüge des Vorstands betrugen 5.815.606,98 €. Teile dieses Betrags wurden an andere Konzerngesellschaften wegen der in Personalunion besetzten Organe weiterberechnet. Die Bezüge der früheren Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen beliefen sich auf 3.167.230,80 €. Für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen wurde eine Rückstellung in Höhe von 52.621.328,00 € gebildet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Beirats sowie des Vorstands sind im Kapitel „Organe der Gesellschaft“ angegeben.

**Konzernzugehörigkeit**

Die Gesellschaft und ihre Tochterunternehmen werden in den Konzernabschluss der ARAG Holding SE zum 31. Dezember 2022 einbezogen. Der Konzernabschluss der ARAG Holding SE wird im elektronischen Bundesanzeiger und im Unternehmensregister des Bundesministeriums der Justiz veröffentlicht werden. Die Gesellschaft stellt keinen eigenen Konzernabschluss auf, da der Konzernabschluss der ARAG Holding SE befreiende Wirkung nach § 291 HGB entfaltet.

**VII. Organe der Gesellschaft****Aufsichtsrat**

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer ergibt sich aus § 1 Abs. 1 Drittelbeteiligungsgesetz. Danach ist der Aufsichtsrat zu einem Drittel mit Arbeitnehmervertretern zu besetzen.

**Der Aufsichtsrat****Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre:**

**Dr. Dr. h. c. Paul-Otto Faßbender** Vorstandsvorsitzender  
der ARAG Holding SE,  
Düsseldorf,  
Vorsitzender

**Gerd Peskes** Wirtschaftsprüfer,  
Essen,  
stellv. Vorsitzender

**Dr. Tobias Bürgers** Rechtsanwalt,  
München

**Dr. Michael Pielorz** Rechtsanwalt,  
Düsseldorf

**Prof. Dr. Fred Wagner** Universitätsprofessor,  
Leipzig

**Dr. Sven Wolf** Vorstandsmitglied der ARAG Holding SE,  
Krefeld

**Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer:**

**Margit Schuler** Abteilungsleiterin Qualitäts- und  
Talentmanagement Vertrieb der ARAG SE,  
Mettmann,  
stellv. Vorsitzende  
(bis 26. April 2022)

**Kirsten Rose** Vorsitzende des  
Betriebsrats der ARAG SE,  
Düsseldorf,  
stellv. Vorsitzende  
(seit 26. April 2022)

**Marco Hoogendam** Syndikusanwalt der ARAG SE,  
Niederlassung in den Niederlanden,  
Amersfoort, Niederlande

**Richard Wenhart** Mitarbeiter Produktionssysteme/  
Anwendungsdienste der ARAG IT GmbH,  
Buch a. Erlbach  
(bis 26. April 2022)

	<b>Wolfgang Platen</b>	Vorsitzender des Betriebsrats der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG/ Interlloyd Versicherungs-AG, Mönchengladbach (seit 26. April 2022)
<b>Der Beirat</b>	<b>Christoph Buchbender</b>	Vorstandsmitglied der Rheinland Holding AG, Neuss, Vorsitzender
	<b>Rainer Gebhart</b>	Stellv. Vorsitzender des Vorstands der WWK Lebensversicherung a. G., Rosenheim, stellv. Vorsitzender
	<b>Prof. Dr. Walter Ackermann</b>	Universitätsprofessor, Arbon, Schweiz
	<b>Prof. Dr. Dres. h. c. Rolf Dubs</b>	Universitätsprofessor, St. Gallen, Schweiz
	<b>Werner Gremmelmaier</b>	Vorstandsmitglied der uniVersa Lebensversicherung a. G., Nürnberg
	<b>Volker Steck</b>	Vorstandsvorsitzender der Helvetia Versicherungen/ Direktion für Deutschland, Frankfurt/Main
	<b>Hans Schwarz</b>	Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Düsseldorf i. R., Düsseldorf
	<b>Carl Ludwig Thiele</b>	Rechtsanwalt/ Vorstand Deutsche Bundesbank i. R., Osnabrück
	<b>André Wüstner</b>	Bundvorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbands, Berlin

	<b>Prof. Dr. Christian Zwirner</b>	Wirtschaftsprüfer/Steuerberater/ Geschäftsführer, Dr. Kleeberg & Partner GmbH, München
<b>Der Vorstand</b>	<b>Dr. Renko Dirksen</b>	Ressort Zentrale Konzernfunktionen/ Vorstandssprecher, Meerbusch
	<b>Dr. Matthias Maslaton</b>	Ressort Konzern Vertrieb, Produkt und Innovation, Moers
	<b>Wolfgang Mathmann</b>	Ressort Konzern Finanzen, Düsseldorf
	<b>Hanno Petersen</b>	Ressort Konzern IT und Operations, Ratingen
	<b>Dr. Joerg Schwarze</b>	Ressort Konzern Risikomanagement und Konzern Controlling, Düsseldorf
	<b>Dr. Werenfried Wendler</b>	Ressort Konzern Human Resources/ Group Internal Audit, Neustadt/Weinstraße

## VIII. Ergebnisverwendungsvorschlag

Der Bilanzgewinn stellt sich wie folgt dar:

### Bilanzgewinn

(in Euro)

Jahresüberschuss	21.653.714,71
Einstellungen in die anderen Gewinnrücklagen	0,00
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	85.943,03
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>21.739.657,74</b>

Es wird vorgeschlagen, aus diesem Bilanzgewinn eine Dividende an die Aktionäre in Höhe von 20.000.000,00 € zu gewähren. Ein Betrag von 1.700.000,00 € ist zur Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen vorgesehen. Der Restbetrag von 39.657,74 € soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Düsseldorf, den 14. März 2023

ARAG SE

Der Vorstand

Dr. Renko Dirksen

Dr. Matthias Maslaton

Wolfgang Mathmann

Hanno Petersen

Dr. Joerg Schwarze

Dr. Werenfried Wendler



# Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die ARAG SE, Düsseldorf

## Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

### Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der ARAG SE, Düsseldorf, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der ARAG SE für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), die in Abschnitt II des Lageberichts enthalten ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

### **Grundlage für die Prüfungsurteile**

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

### **Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses**

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

### **Bewertung der in der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle**

Hinsichtlich der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft in Abschnitt II. Risikoangaben sind im Lagebericht in Abschnitt IV enthalten.

### **Das Risiko für den Abschluss**

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft beträgt EUR 1.056,4 Mio. Dies entspricht 40,1% der Bilanzsumme; hieraus ergibt sich ein wesentlicher Einfluss auf die Vermögenslage der Gesellschaft.

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle setzt sich aus verschiedenen Teilschadenrückstellungen zusammen. Die Rückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts bilden hiervon den wesentlichen Teil.

Die Bewertung der Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle unterliegt Unsicherheiten hinsichtlich der voraussichtlichen Schadenhöhe und ist daher insbesondere bezogen auf die unbekannten Versicherungsfälle stark ermesensbehaftet. Die Schätzung darf nach handelsrechtlichen Grundsätzen nicht risikoneutral im Sinne einer Gleichgewichtung von Chancen und Risiken durchgeführt werden, sondern hat unter Beachtung des Vorsichtsprinzips (§ 341e Abs. 1 Satz 1 HGB) zu erfolgen.

Die Bewertung der Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle erfolgt für Versicherungsfälle in Abhängigkeit vom jeweiligen Geschäftsmodell im In- bzw. Ausland nach einem Gruppenbewertungsverfahren, nach anerkannten versicherungsmathematischen Verfahren sowie einzelfallbezogen, getrennt nach den einzelnen Schadenanfalljahren. Für eingetretene, aber noch nicht gemeldete (unbekannte) Schadenfälle werden Spätschadenrückstellungen gebildet, die überwiegend nach Erfahrungssätzen berechnet wurden; dabei kommen anerkannte versicherungsmathematische Verfahren zur Anwendung.

Das Risiko für den Abschluss besteht bei den zum Bilanzstichtag bereits bekannten Schadenfällen darin, dass die noch zu erwartenden Schadenzahlungen nicht in zutreffender Höhe zurückgestellt werden. Bei den unbekanntem Schadenfällen besteht daneben das Risiko, dass diese nicht in zutreffendem Umfang geschätzt werden.

### **Unsere Vorgehensweise in der Prüfung**

Bei der Prüfung der Rückstellung für bekannte und unbekanntem Versicherungsfälle haben wir (als Teil des Prüfungsteams) eigene Aktuarer eingesetzt und risikoorientiert insbesondere folgende wesentlichen Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Wir haben uns einen grundlegenden Überblick über den Prozess zur Ermittlung der Rückstellungen verschafft, wesentliche Prozessrisiken und die sie abdeckenden Kontrollen identifiziert und die identifizierten Kontrollen auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit hin getestet. Wir haben uns insbesondere davon überzeugt, dass die Kontrollen, mit denen die korrekte Bewertung sichergestellt werden sollen, sachgerecht aufgebaut sind und wirksam durchgeführt werden.

- Auf Basis einer bewussten Auswahl haben wir uns von der Ordnungsmäßigkeit der Aktenführung entsprechend der Vorgaben der Gesellschaft sowohl im Inland als auch in bedeutsamen ausländischen Niederlassungen überzeugt und die Höhe einzelner, bekannter Schadenrückstellungen anhand der Aktenlage nachvollzogen.
- Wir haben das modifizierte Gruppenbewertungsverfahren für bekannte und unbekanntere Versicherungsfälle (aktuarielles Schätzverfahren) auf Angemessenheit hin beurteilt. Dabei haben wir insbesondere die Herleitung der geschätzten Anzahl der Schäden und deren Höhe auf der Grundlage historischer Erfahrungen und aktueller Entwicklungen gewürdigt.
- Die tatsächliche Entwicklung der im Vorjahr gebuchten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im In- und Ausland haben wir anhand der Abwicklungsergebnisse analysiert.
- Anhand eines Zeitreihenvergleichs insbesondere von Schadenstückzahlen, Schadenhäufigkeiten und durchschnittlichen Schadenhöhen sowie der Geschäftsjahres- und bilanziellen Schadenquoten haben wir die Entwicklung der Schadenrückstellung für die Sparte Rechtsschutz im In- und Ausland analysiert.
- Wir haben eigene aktuarielle Reserveberechnungen für ausgewählte Segmente im In- und Ausland durchgeführt, die wir auf Basis von Risikoüberlegungen ausgewählt haben. Hierbei haben wir jeweils eine Punktschätzung für den Gesamtschadenaufwand mithilfe von statistischen Wahrscheinlichkeiten bestimmt und diese mit den Berechnungen der Gesellschaft verglichen.

### **Unsere Schlussfolgerungen**

Die verwendeten Methoden zur Bewertung der in der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntere Versicherungsfälle sind sachgerecht, stehen im Einklang mit den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen und wurden korrekt angewendet. Die zugrunde liegenden Annahmen wurden in geeigneter Weise abgeleitet.

### **Sonstige Informationen**

Der Vorstand und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), die in Abschnitt „II. Wirtschaftsbericht“ des Lageberichts enthalten ist.

Die sonstigen Informationen umfassen zudem die übrigen Teile des Geschäftsberichts. Die sonstigen Informationen umfassen nicht den Jahresabschluss, die inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben sowie unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten zu dem Schluss gelangen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

### **Verantwortung des Vorstands und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Vorstand dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Vorstand dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Vorstand zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.



## Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

### Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 26. April 2022 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 7. November 2022 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2020 als Abschlussprüfer der ARAG SE tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht des geprüften Unternehmens angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für das geprüfte Unternehmen bzw. für die von diesem beherrschten Unternehmen erbracht:

Für das geprüfte Unternehmen haben wir die Prüfung der Solvabilitätsübersicht und des Abhängigkeitsberichts zum 31. Dezember 2022 erbracht. Hinzu kamen zwei Prüfungsleistungen (Agreed upon procedures) im Zusammenhang mit Beitragsmeldungen der niederländischen Niederlassung an den Terrorpool sowie den Versicherungsverband. Für beherrschte Unternehmen erfolgte die Prüfung von Solvabilitätsübersichten, Prüfung und prüferische Durchsichten von Jahresabschlüssen sowie die Prüfung eines Abhängigkeitsberichts, jeweils zum 31. Dezember 2022.

### Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Thorsten Klitsch.

Köln, den 29. März 2023

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Klitsch  
Wirtschaftsprüfer

gez. Bramkamp  
Wirtschaftsprüfer

## Bericht des Aufsichtsrats

Im Berichtsjahr hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die Geschäftsführung des Vorstands kontinuierlich überwacht und beratend begleitet. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen unmittelbar eingebunden. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat regelmäßig, sowohl schriftlich als auch mündlich, zeitnah und umfassend über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung der Gesellschaft und deren Tochtergesellschaften, die vorgesehene Geschäftspolitik, die Unternehmensplanung, die Risikolage und das Risikomanagement sowie über bedeutende Einzelvorgänge. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Plänen und Zielen wurden vom Vorstand im Einzelnen erläutert und vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Soweit für Geschäftsführungsmaßnahmen nach Gesetz oder anderen Regelungen eine Zustimmung des Aufsichtsrats beziehungsweise seiner Ausschüsse erforderlich war, hat der Vorstand hierfür ausführliche schriftliche Informationen bereitgestellt. Der Aufsichtsrat beziehungsweise die Ausschüsse haben diese Berichte in ihren Sitzungen umfassend erörtert, mit dem Vorstand beraten und die erforderlichen Entscheidungen getroffen.

Der Aufsichtsrat trat im vergangenen Geschäftsjahr in vier ordentlichen und einer außerordentlichen Sitzung zusammen und konnte sich dabei von einer ordnungs- und zweckmäßigen Geschäftsführung des Vorstands überzeugen. Darüber hinaus fand im Anschluss an die Hauptversammlung die konstituierende Sitzung des Aufsichtsrats statt. Die Sitzungen wurden entweder als Präsenzsitzungen oder digital als Microsoft-Teams-Besprechungen durchgeführt. Der Aufsichtsratsvorsitzende ließ sich in regelmäßigen Gesprächsterminen mit dem Sprecher des Vorstands zum Geschäftsverlauf des Konzerns und seiner Einzelgesellschaften berichten. Wesentliche Entwicklungen wurden dem Aufsichtsratsvorsitzendem tagesaktuell berichtet. Dem Aufsichtsrat wurde regelmäßig ein schriftlicher Bericht über die Auswirkungen von COVID-19 auf den ARAG Konzern sowie ein Controllingbericht zu gebuchten Beiträgen, externen Schadenzahlungen und Provisionen zur Verfügung gestellt.

Die Tätigkeit des Aufsichtsrats war im Berichtsjahr maßgeblich durch den Krieg in der Ukraine und den damit verbundenen Auswirkungen auf das Geschäft und den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft geprägt. Der Aufsichtsrat ließ sich vom Vorstand fortlaufend insbesondere über die Einhaltung geltender Sanktionsbestimmungen, die Auswirkungen der Inflation und möglicher Gegenmaßnahmen sowie die direkten Auswirkungen auf die Kapitalanlage berichten. Als weiteren Schwerpunkt befasste sich der Aufsichtsrat eingehend mit der vom Vorstand erarbeiteten Strategie ARAG 5->30 und den fünf zentralen Zielen bis zum Jahr 2030. Zudem bestellte der Aufsichtsrat Dr. Shiva Meyer als Vorstandin für das Ressort Human Resources/Group Internal Audit in Nachfolge von Dr. Werenfried Wendler. Schließlich fasste der Aufsichtsrat einen Beschlussvorschlag für die Hauptversammlung zur (Wieder-)Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder Gerd Peskes, Dr. Tobias Bürgers, Dr. Michael Pielorz, Prof. Dr. Fred Wagner, Dr. Sven Wolf, Marco Hoozendam, Wolfgang Platen und Kirsten Rose.

Weitere Themen in den Aufsichtsratssitzungen im Berichtsjahr waren insbesondere die Regelberichte über die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft einschließlich ihrer internationalen Niederlassungen und Beteiligungen mitsamt der Konzernrisikostrategie, über die Entwicklung des Kapitalmarkts sowie der Risiko- und Controllingbericht. Teil der Berichterstattung des Vorstands waren zudem Maßnahmen zum Schutz vor Cyberattacken und Blackout-Szenarien. Weiter wurden die Quartalsergebnisse nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) sowie die Erwartungsrechnung zum Jahresende vorgestellt. Der Aufsichtsrat verabschiedete die strategische Planung für die Jahre 2023 bis 2025 sowie den Entwicklungsplan für den Aufsichtsrat im Jahr 2023 und befasste sich weiter mit der Angemessenheit der Vorstandsbezüge. Der Aufsichtsrat setzte sich darüber hinaus eingehend mit dem Own-Risk-and-Solvency-Assessment(ORSA)-Prozess auseinander und verschaffte sich einen vertieften Einblick in die After-The-Event(ATE)-Versicherung, das Lead- und Angebotsmanagement, den europäischen Rechtsschutzmarkt, die ARAG Nachhaltigkeitsstrategie sowie in sonstige Vorgänge mit erheblicher Bedeutung für die Gesellschaft.

Der Aufsichtsratsvorsitzende informierte in den ordentlichen Aufsichtsratssitzungen jeweils über die Arbeit in den gebildeten Ausschüssen für Personal-, Finanz- sowie für Bilanz- und Prüfungsangelegenheiten.

Der vom Vorstand nach den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften für Versicherungsunternehmen aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung von dem durch die Hauptversammlung am 26. April 2022 gewählten und beauftragten Abschlussprüfer, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

Die vorgenannten Unterlagen, der Geschäftsbericht, der Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns und der Bericht des Abschlussprüfers sind allen Mitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig vor der Sitzung des Aufsichtsrats am 26. April 2023 ausgehändigt worden. Die Unterlagen wurden in der Sitzung vom Vorstand zusätzlich mündlich erläutert. Die Wirtschaftsprüfer, die den Prüfungsbericht unterzeichnet haben, nahmen an den Beratungen des Aufsichtsrats und des Bilanz- und Prüfungsausschusses über die Vorlagen teil, berichteten über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung und standen darüber hinaus für ergänzende Auskünfte zur Verfügung.

Der Bilanz- und Prüfungsausschuss hatte sich vor der Sitzung des Aufsichtsrats eingehend mit diesen Unterlagen befasst und dem Aufsichtsrat eine Billigung des Jahresabschlusses und des Lageberichts empfohlen. Zudem wurde dem Bilanz- und Prüfungsausschuss durch KPMG die Prüfungsplanung eingehend vorgestellt.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind keine Einwendungen zu erheben. Der Aufsichtsrat hat nach eigener Prüfung und unter Berücksichtigung des Berichts des Bilanz- und Prüfungsausschusses dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts durch den Abschlussprüfer zugestimmt. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss sowie den Lagebericht gebilligt und damit den Jahresabschluss sowie den Lagebericht festgestellt. Er schließt

sich dem Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns an. Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung vor, den Mitgliedern des Vorstands Entlastung zu erteilen.

Der vom Vorstand gemäß § 312 Aktiengesetz (AktG) vorgelegte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen wurde ebenfalls geprüft. Die Prüfung umfasste auf der Grundlage des Rechts auf Einsichtnahme in die Bücher und Schriften der Gesellschaft und der durch den Vorstand vorgelegten Berichte und Informationen die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben in dem Bericht. Beanstandungen ergaben sich durch die Prüfung nicht.

Der Abschlussprüfer hat den Bericht des Vorstands nach § 312 AktG ebenfalls geprüft und erteilt folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war oder Nachteile ausgeglichen worden sind,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Dieser Beurteilung schließt sich der Aufsichtsrat an. Gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erhebt der Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand sowie allen Mitarbeitenden für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.

Düsseldorf, den 26. April 2023

ARAG SE

Der Aufsichtsrat

Dr. Dr. h. c. Paul-Otto Faßbender  
(Vorsitzender)

Gerd Peskes  
(stellv. Vorsitzender)

Kirsten Rose  
(stellv. Vorsitzende)

Dr. Tobias Bürgers

Marco Hoogendam

Wolfgang Platen

Dr. Michael Pielorz

Prof. Dr. Fred Wagner

Dr. Sven Wolf

## Weitere Informationen

Mit zahlreichen Publikationen, aber auch im Internet bietet Ihnen die ARAG ein breites Angebot an Informationen rund um den Konzern, über Versicherungsprodukte und Serviceleistungen. Natürlich fehlen bei der ARAG mit ihrer Kernkompetenz im Rechtsschutz auch nicht die ausgewählten Tipps und Ratgeber zum Thema Recht. Wenn Sie Fragen haben, ein Versicherungsangebot wünschen oder sich nur grundlegend informieren möchten: Nehmen Sie Kontakt mit uns auf oder besuchen Sie unsere Homepage im Internet.

Aktuelle **Informationen zum Konzern** erhalten Sie unter folgender Adresse:

**ARAG**  
**Konzernkommunikation/Marketing**  
**ARAG Platz 1**  
**40472 Düsseldorf**  
**Telefon 0211 963-3488**  
**Telefax 0211 963-2025**  
**0211 963-2220**  
**E-Mail medien@ARAG.de**

**Wünschen Sie ein individuelles Angebot?** Per Telefon, Fax oder Mail sind wir stets für Sie erreichbar:

**Telefon 0211 98 700 700**  
**Telefax 0211 963-2850**  
**E-Mail service@ARAG.de**

Im Internet erhalten Sie aktuelle **Informationen zum Konzern und zu unseren Produkten** über unsere Homepage:

**[www.ARAG.com](http://www.ARAG.com)**

Aus rechentechnischen Gründen können im Geschäftsbericht Rundungsdifferenzen in Höhe von  $\pm$  einer Einheit (Währung, Prozent) auftreten.

Für eine bessere Lesbarkeit wird in diesem Bericht auf eine geschlechterspezifische Differenzierung verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung. Die verkürzte Sprachform hat redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung. Ohne Satz- und Sonderzeichen (zum Beispiel Doppelpunkt etc.) lassen sich zudem Texte blinden und sehbehinderten Menschen durch Computersysteme flüssiger vorlesen.

### Impressum

Redaktion	ARAG Konzernkommunikation/Marketing
Gestaltung und	
Realisierung	Kammann Rossi GmbH, Köln

# ARAG 5-30